

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Ökologie, Degrowth und Marxismus

Frachtschiff mit Koksladung auf dem Rhein bei Duisburg

DÉJÀ VU

In der letzten ARSTI (Nr. 208) haben wir uns mit der Degrowth Bewegung auseinandergesetzt. Im folgenden Beitrag sollen einige Aspekte, die grundsätzliche Fragen aufwerfen und wichtig für die Diskussion sind, nochmals aufgegriffen werden. Es geht dabei zwar auch darum Degrowth Positionen zu kritisieren, aber nicht nur darum. Ziel ist es auch, die eigenen Analysen und Vorstellungen zum Themenkomplex Ökologie, Postwachstum etc. zu überprüfen, zu konkretisieren und zu schärfen.

Historisch gesehen spielen Ökologie und (eventuelle) Grenzen des Wachstums für die meisten Menschen noch nicht sehr lange eine wichtige Rolle, vermutlich erst seit entsprechende Probleme immer offensichtlicher in der Realität erkennbar wer-

den. Der Zeitpunkt, seit wann das der Fall ist, lässt sich nicht so ohne weiteres bestimmen, je nachdem ob man sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse, populäre Veröffentli-

chungen mit großer Breitenwirkung oder den Beginn von einschlägigen Bewegungen bezieht. Als Initialzün-

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

| | |
|---|----|
| Ökologie, Degrowth und Marxismus | 1 |
| In eigener Sache, Impressum | 2 |
| Rüstungsausgaben weltweit auf Höhepunkt | 13 |
| Wie der Kommunismus nach China kam – Teil IV | 19 |
| Homeoffice – Weichen werden gestellt | 24 |
| Kann man das Arbeitszeitgesetz „verteidigen“? | 25 |
| Rezensionen: | |
| Imperiale Lebensweise | 26 |
| Faschismustheorien | 30 |

In eigener Sache

Die Corona-Pandemie nimmt ihren Fortgang. Sie wird auch weltweit zu noch nicht übersehbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Schäden führen. Es ist die Stunde der Exekutive, die teils mit unterschiedlichem Erfolg, teils aber noch mehr mit antisozialer Ignoranz reagiert. Dabei besteht die Gefahr, dass das, was in den kapitalistischen Ländern an bürgerlicher Demokratie noch vorhanden ist, mehr oder weniger unter die Räder kommt. Bewegungen gegen Methoden der Seuchen-Abwehr, wie sie nun auch in Deutschland hochkommen, drücken auch Protest dagegen aus. Doch der allgemeine Frust ist ohne Struktur und ohne politische Zielvorstellung.

Der Zug geht eindeutig nach rechts. Viele populistische Vereinfacher demonstrieren auch unter Hassparolen und nehmen hin, dass Rechtsradikale neben ihnen marschieren und die Parolen vorgeben. Wir werden uns mit dieser Entwicklung und mit der fehlenden linken Anziehungskraft noch beschäftigen müssen.

Die Hetze gegen Rußland hat im Westen, ausgehend vom Fall Nawalny, einen neuen Höchststand erreicht. Nun geht es weiter gegen die Volksrepublik China. Jede Vergiftung eines Oppositionellen ist ein Verbrechen, nicht nur in Bezug auf Rußland. Fast jeden Tag werden in der Welt politische Gegner gefoltert und umgebracht. Die Liste bei der CIA, dem Mossad usw. ist lang. Was war und ist in Saudi-Arabien, der Türkei, Kolumbien oder nun auch in Brasilien? Der Schrecken in Guantanamo besteht weiter. Wie viele Schwarze werden in den USA bei Polizeiübergriffen umgebracht?

Ein Knopfdruck des Präsidenten in den USA und irgendwo auf der Welt müssen Missliebige und Unschuldige durch Drohnenangriffe sterben? Meist war das der deutschen Mainstream-Presse und den Fernsehkanälen nur eine kurze Meldung wert – wenn überhaupt!

Der Zweck ist, Rußland – auf Druck der USA – noch stärker als Feind aufzubauen, um die Rüstungs- und Militärpolitik Berlins weiter voranzutreiben, auch den Kauf der Atombombenträger. Ein Teil der deutschen Bourgeoisie wäre sogar bereit, die 10 Milliarden schwere Ostseepipeline in den Wind zu schreiben. Hauptsache, Trump verschont uns vor Sanktionen und Strafzöllen.

In einem längeren Artikel beleuchten wir die Aufrüstungspolitik, u.a. der BRD, mit ihrem Modernisierungsschub, während die Mär verbreitet wird, die Bundeswehr sei nicht einsatzfähig – und das bei einer Jahresbürde von ca. 50 Mrd. Euro Kosten!

Unsere Artikelreihe über China setzen wir fort. Dabei legt unser Autor diesmal den Schwerpunkt auf den Charakter des „Sozialismus chinesischer Prägung“. Als europäischer Betrachter ist man immer noch angewiesen auf mehr objektive Fakten über Land und Volk, auch über die Geschichte der kommunistischen Bewegung. Sind es doch die zunehmende weltpolitische Bedeutung Chinas und seine rasante wirtschaftliche Entwicklung, die die Zukunft der Welt wesentlich mitbestimmen werden.

Ein weiterer Artikel zum Thema Home-Office vertieft dieses Thema und seine Problematik

In der letzten Nummer hatten wir uns mit der Degrowth-Bewegung auseinandergesetzt. Nun greift ein weiterer Artikel einige Aspekte auf, die grundsätzliche Fragen aufwerfen und wichtig für die Diskussion sind. Ziel ist dabei auch, die eigenen Analysen und Vorstellungen zum Themenkomplex Ökologie, Postwachstum etc. zu überprüfen, zu konkretisieren und zu schärfen.

Das Buch „Imperiale Lebensweise; zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“ ist in der Szene fast eine Art Bestseller geworden. Unser Autor setzt sich damit kritisch auseinander.

In einer weiteren Rezension wird das Buch „Faschismustheorien“ aus dem Schmetterlingsverlag vorgestellt, das eine gute Einführung in dieses zur Zeit leider wieder brandaktuelle Thema ist.

Auch die Jahreskonferenz der Gruppe ist von der aktuellen Corona-Situation abhängig. Geplant haben wir sie für den 10./11. Oktober in Nürnberg mit folgenden Themen: Tarifbewegungen in Zeiten von Corona / Degrowth / China und der Westen



Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme, Postfach
910307 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,-€ aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



derung der Umweltdebatte wird oft das Buch „Der stille Frühling“ (1962) von Rachel Carson, über die weitverbreiteten Rückstände des Insektengifts DDT in der Umwelt, angesehen. Ein besonders einflussreicher Beitrag war ohne Zweifel der 1. Bericht an den Club of Rome über die Grenzen des Wachstums (1972). In Deutschland formierte sich ab 1974 Widerstand gegen den Bau des Atomkraftwerk Wyhl. Das war der Beginn der anti Atomkraft Bewegung.

Seitdem hat sich eine breite Diskussion etabliert, es ging und geht über die Nutzung der Atomkraft, Energieverbrauch und Ressourcenverbrauch ganz allgemein, Umweltbelastungen aller Art, Sinn und Unsinn von Wirtschaftswachstum, Waldsterben, Artensterben und Biodiversität, Ozonloch, Trinkwasser-

mangel, Plastikmüll und andere Themen. Dabei hat sich der Schwerpunkt der Diskussionen immer wieder verschoben. So ist das heute eindeutig in Mittelpunkt stehende Thema, der Klimawandel verursacht durch die CO₂ Freisetzung, erst gegen Ende der 70er Jahre als relevant erkannt worden (z.B. Charney Report von 1979) und seit Mitte der 80er Jahre allmählich in das allgemeine Bewusstsein eingedrungen. 1992 war dann der erste „Klimagipfel“ in Rio de Janeiro.

Stoffwechsel von Mensch und Natur

Neben ökonomischen und sozialen Fragen sind damit Aspekte „des Stoffwechsels von Mensch und Natur“, wie Marx das genannt hat, zu einem wichtigen politischen Thema geworden. Es gibt keinen Zweifel, dieser Stoffwechsel findet zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einer Weise statt, die alarmierend ist. Der Mensch, oder besser gesagt die vorherrschende Produktions- und Lebensweise, ist dabei, die natürliche Basis der eigenen Existenz nach und nach zu zerstören. Die Thematisierung und

Politisierung des Stoffwechsels mit der Natur kann als Veränderung von historischer Bedeutung angesehen werden. Das Thema wird und muss auf der Tagesordnung bleiben und wird jede zukünftige Entwicklung erheblich beeinflussen.

Der Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur hat sich über lange Zeit weitgehend urwüchsig und unhinterfragt gemäß den vorherrschenden gesellschaftlichen, sprich kapitalistischen, Bedingungen entwickelt. Als die Öffentlichkeit begann solche Fragen verstärkt zu diskutieren, geschah dies vor dem Hintergrund einer bereits seit Jahrhunderten stattfindenden kapitalistischen Praxis. Einer Praxis, die selbst ständig Änderungen unterworfen war und ist, gemäß der dynamischen Natur des Kapitalismus und entsprechend der verschiedenen Phasen der kapitalistischen Entwicklung. Weil sie über lange Zeit weitgehend unangefochten dominierte, hat sich diese kapitalistische Praxis als der scheinbar „normale“ Umgang der Menschen mit der Natur etabliert. Für das Bewusstsein der Gesellschaft war und ist das typisch kapitalisti-



Bild: Martin Abegglen CC BY-SA 2.0 | Petrecycling / flickr



sche nicht mehr direkt erkenntlich. Nun ist die kapitalistische Praxis, den Stoffwechsel mit der Natur zu organisieren, nicht darauf angelegt schonend mit der Natur umzugehen. Marx hat das so ausgedrückt: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (MEW 23, 530)

Wachstumswang gegen Gebrauchswertorientierung

Die Degrowth Szene nimmt für sich in Anspruch, mit dem Zwang zum Wirtschaftswachstum, dem Wachstumsparadigma, den Kern des Problems, die Ursache für das destruktive Vorgehen, identifiziert zu haben.

Zum Wesen des Kapitalismus gehört Kapitalakkumulation. Kapital muss sich verwerten. Geld wird investiert, um mehr Geld zu erwirtschaften. Für den erzielten Profit wird nach einer profitablen Wieder-Anlagemöglichkeit gesucht und damit beginnt der Verwertungszyklus vom neuen, auf erweiterter Basis. Die Kapitalakkumulation ist ihrem Wesen nach unbegrenzt. Sie ist notwendigerweise mit wirtschaftlichen Aktivitäten verbunden, die einem immer höheren monetären Gegenwert entsprechen. Historisch war das auch immer mit einer Ausdehnung der materiellen, stofflichen Produktion verknüpft. Eine Entkoppelung von Kapitalakkumulation (und damit Wachstum ausgedrückt in Werten) und der materiellen Produktion (mit entsprechenden Ressourcenverbrauch) ist zur Zeit nicht sichtbar. Es ist fraglich, ob eine Entkoppelung überhaupt möglich ist.

Deshalb treffen die Degrowth Befürworter_innen einen wichtigen Punkt, wenn sie einen Wachstumswang feststellen und daran gekoppelt, einen Zwang zur Aus-

dehnung der Warenproduktion und zu immer größeren Ressourcenverbrauch. Woran es aber in der Degrowth Argumentation oft mangelt, ist die eindeutige Benennung der Ursache für den Wachstumswang. Es ist eben nicht der grenzenlose Konsum, die Struktur der Industrie, die Gier der Menschen oder dergleichen, sondern der Zwang zur Kapitalakkumulation und damit ein Wesenskern des Kapitalismus, der als eigentliche Ursache des Wachstumsparadigma identifiziert werden muss. Damit ist klar, eine grundsätzliche Lösung wird erst durch Beendigung des Zwangs zur Kapitalakkumulation, möglich sein. Bis dahin sind nur punktuelle Lösungen möglich, die negative Folgen mehr oder weniger effektiv eingrenzen. Der Bestand solcher Erfolge wird allerdings durch die der Akkumulation eigenen Dynamik, ständig wieder in Frage gestellt.

Noch viel weiter verbreitet sind in der Degrowth Szene unklare Positionen bei der notwendigen Unterscheidung von Gebrauchswert und Tauschwert (oder kurz Wert). Der dem Kapitalismus inhärente Wachstumswang bezieht sich nicht auf Gebrauchswerte, also der Nutzen von produzierten Waren für die Menschen, sondern auf die Tauschwerte. Immer größere Summen an Werten müssen produziert und realisiert werden, um die Akkumulation voranzubringen. Die Gebrauchswerte der Waren sind dabei letztlich nebensächlich, ebenso wie die Frage ob der Produktionsprozess von schädlichen Nebenwirkungen begleitet ist, die eventuell den Nutzen eines Gebrauchswert übertreffen. Die innere Logik der Steuerung des gesamten Prozesses bezieht sich auf die Kriterien Wert, Kosten, Profit.

Eine bewusst auf Nachhaltigkeit ausgelegte Organisation des Stoffwechsels mit der Natur müsste strikt auf die Produktion von Gebrauchswerten ausgerichtet sein. Nur so kann der Nutzen für die Menschen, die benötigten Ressourcen und der Schaden, der eventuell durch die Produktion direkt und indirekt angerichtet wird, sinnvoll aufeinander bezogen werden. Entsprechende Bilanzierungssysteme, die vermutlich sehr komplex wären, müssten entwickelt und umfassend eingesetzt werden. Die entscheidenden Kriterien, die die

Produktion steuern, wäre dann nicht mehr die finanzielle Bilanz, also der Gewinn, sondern eine Nutzen-Schaden Bilanz. Nur auf einen solchen Weg ließe sich eine Basis für einen Stoffwechsel Mensch Natur erreichen, der die Natur nicht als beliebig nutzbar und verwendbar voraussetzt.

Es ist offensichtlich, dass eine solche Umstellung der Produktion das Aufheben der kapitalistischen Logik voraussetzt. Eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse (Sozialisierung) wäre dabei eine Voraussetzung, aber keineswegs gleichbedeutend mit der konsequenten Gebrauchswertorientierung. Diese ist vermutlich nur in einem längeren Umstellungsprozess erreichbar. Ein Umstellungsprozess, der die genannte Nutzen-Schaden Bilanzierung konkret umsetzt, Ressourcen schonende Verfahren einführt und ein weitgehendes Recycling etabliert. Es wäre eine Illusion die Gebrauchswertorientierung für eine einfache Sache zu halten, die ohne Konflikte abläuft. Denn selbstverständlich gibt es auch in einer postkapitalistischen Gesellschaft noch unterschiedliche Interessen und verschiedene Prioritäten.

Zugegeben, das Aufheben der kapitalistischen Logik ist kein leichtes Ziel und aus heutiger Sicht ist nicht absehbar, wie und wann es erreicht werden könnte. Aber es bringt nichts, das im Unklaren zu lassen. Illusionen helfen nicht weiter. Selbstverständlich ist es sinnvoll und notwendig realistische Zwischenziele anzustreben und dafür zu kämpfen. Aber Zwischenziele sollten als solche benannt werden und idealerweise in einer langfristigen Strategie eingebettet sein.

Nur wenn der Gebrauchswert von Produkten den negativen Folgen ihrer Produktion entgegengestellt wird, kann eine rationale Diskussion darüber geführt werden ob eine Steigerung der Produktion, also Wachstum im Sinne von mehr Gebrauchswerten, sinnvoll und zu verantworten ist. Das Ergebnis einer solchen Analyse muss nicht unbedingt die Unmöglichkeit von weiteren Zuwächsen bedeuten. An dieser Kritik bezüglich eines proklamierten definitiven Ende jedes Wachstum ist festzuhalten und sie ist nicht mit einem naiven Wachstumsoptimismus zu verwechseln. Die Vorstellung, die von verschiedenen



Autoren geäußert wird, dass sich arme und reiche Länder etwa auf mittleren Niveau im Bezug zur jetzigen Stufe ihrer Wirtschaftsleistung treffen sollten, ist bei nüchterner Betrachtung willkürlich. Sie erscheint eher durch, spontan vielleicht einleuchtenden, Gerechtigkeits- und Solidaritätsvorstellungen begründet zu sein als von hinreichenden genauen Analysen des stofflichen Austausch mit der Natur.

Industrialismus und Produktivkraftentfaltung

Aus der Degrowth Szene kommt, bei Teilen der Bewegung, Kritik am sogenannten Industrialismus, worunter die Gesamtstruktur einer auf mechanisierter Arbeit beruhenden Industriegesellschaft verstanden wird. Die Kritiker_innen identifizieren den Industrialismus als die oder eine der tiefen Ursachen der Probleme. Ein erster Einwand dagegen bezieht sich auf die Tatsache, dass die Kritiker_innen es versäumen, sich ernsthaft mit der Frage auseinanderzusetzen, was die Alternativen zum Industrialismus

wären. Auf welche Stufe der Produktivkraftentfaltung soll denn zurückgegangen werden, wenn man vom Industrialismus wegkommen will. Wann ist eine Produktionsweise kein Industrialismus mehr? Nach welchen Kriterien wird das entschieden? Was wäre das genaue Ziel? Eine Gesellschaft mit Subsistenzlandwirtschaft, kombiniert mit der handwerklicher Produktion von einigen sonstigen Waren? Bei manchen Autoren hört sich das so an, als wäre das die bevorzugte Utopie. Aber eine genaue Aussage findet man praktisch nie und sicher gibt es dazu auch keinen Konsens in der Szene.

Ein großer und prinzipieller Dissens ist bei der Einschätzung der Produktivkraftentwicklung festzustellen. Viele Wachstumskritiker_innen lehnen diese grundsätzlich ab. Mit dieser Ablehnung bleiben sie an der gegenwärtigen gesellschaftlichen Bestimmung der Produktivkraft und der Technik stehen. Eine Produktivkraftentwicklung, die gezielt auf die Steigerung der Gebrauchswerte und gleichzeitig auch auf den Erhalt der Natur zielt, können sie sich anscheinend nicht vorstellen. Das Ziel und der Zweck einer weiteren Produktivkraftentfaltung muss ja keineswegs die Produktion von immer mehr Waren sein, sondern könnte auch die radikale Verkürzung der für den Lebensunterhalt notwendigen Arbeitszeit ermöglichen. Eine Forderung, die ja auch von vielen

Degrowth Anhänger_innen geteilt wird. Produktivkraftentwicklung muss nicht mit einer Steigerung des Drucks und größerer Belastung für die Arbeitenden verbunden sein, sondern könnte auch die Basis für genau das Gegenteil sein. Es käme auf den angestrebten Zweck an und wer, unter welchen Bedingungen über die Umsetzung entscheidet. Sicher gibt es so etwas noch nicht, aber es gibt ja auch noch keine postkapitalistische oder sozialistische Gesellschaft, die sich das zum Ziel gesetzt hat und entschlossen darauf hinarbeitet.

Technik ist nicht neutral! Diesem oft vorgebrachten Satz ist grundsätzlich zuzustimmen. Denn Technik wird nicht in einer neutralen Reinform realisiert, sondern immer im konkreten gesellschaftlichen Zusammenhängen. Die realisierte Technik enthält also neben den zu einer gegebenen Zeit technischen Möglichkeiten, dem Stand der Technik, auch immer durch die Gesellschaft gesetzte Zwecke. Konkret gesprochen. Technik im Kapitalismus enthält auch kapitalistische Zwecke. Auch der „Stand der Technik“ ist nicht neutral. Denn was und wie intensiv erforscht und entwickelt wird, ist selbstverständlich entscheidend abhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen. Ganz direkt durch die Bereitstellung oder auch nicht Bereitstellung von finanziellen Mitteln, indirekt durch den Stand des allgemeinen Bewusstsein zu den Problemen und Zielen



Textil-Betrieb in der Türkei, Bild: Evrensel



einer Gesellschaft. Auch der Wissenschaftler, der formal frei über einen gewissen Forschungsetat verfügen kann, entscheidet nicht unabhängig von der Gesellschaft in die er eingebunden ist.

Die Konsequenz für eine nachkapitalistische Gesellschaft ist deshalb nicht auf Technik zu verzichten, sondern eine neue Technik gemäß ihren eigenen Bedingungen und Zwecken zu entwickeln bzw. vorhandene Techniken entsprechend umzugestalten. Dass eine solche Ablösung der industriellen Struktur von der Profitlogik nicht einfach ist, ist sicher auch richtig. Genauso wie bei der Gebrauchswertorientierung wäre es eine Illusion zu glauben, mit einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse würde ein solcher Schritt quasi automatisch mitvollzogen.

Der bei einer solchen Argumentation regelmäßig erfolgende Verweis auf die sogenannten realsozialistischen Ländern, die eben auch keine nachhaltige Technik entwickelt hätten, ist nicht stichhaltig. Nicht weil an der Tatsache, dass dies nicht geschehen ist, zu zweifeln wäre. Sondern weil festzustellen ist, dass dieses überhaupt nicht als dringliche Aufgabe erkannt worden ist. Es war immer das, bei allen sonstigen Differenzen im kommunistischen/sozialistischen Lager, mit großen Konsens angestrebte und auch offen benannte Ziel die kapitalistische Welt bezüglich der Produktionskapazitäten möglichst schnell einzuholen und zu überholen. Ein weiterer Grund war die anfängliche technologische Unterlegenheit, die eine weitgehende Kopie der kapitalistischen Produktionsmethoden als den schnellsten und effektivsten Weg erscheinen ließ. Nachahmen ist einfacher als neu entwickeln.

Es ist ja richtig. Trotz der gelegentlichen Anmerkungen von Marx zum Verhältnis zur Natur, die aus heutiger Sicht erstaunlich hellichtig sind¹, waren die Marxisten in ihrer bisherigen Geschichte auf Wirtschaftswachstum

ausgerichtet. Ökologische Fragen spielten lange Zeit kaum eine Rolle. Das trifft nicht nur bei den sogenannten realsozialistischen Ländern zu, sondern bei Marxisten allgemein, auch bei Marxisten aus kritischen und in Opposition zur Hauptrichtung stehenden Strömungen, genauso wie auf andere, aus der Arbeiterbewegung hervorgegangene nicht (mehr) marxistischen Bewegungen, wie die Sozialdemokratie, oder auch viele Gewerkschaften.

Wenn man den sozialistischen Ländern (und den Marxisten) also etwas vorwerfen kann, dann das, dass sie der historischen Entwicklung nicht voraus waren und nicht früher die ökologische Problematik erkannt haben. Dieser Vorwurf hat insofern eine gewisse Berechtigung, als etliche Marxisten/Kommunisten versucht haben den Eindruck zu erwecken, sie und nur sie würden die Bewegungsgesetze der Gesellschaft umfassend verstehen.

In Wirklichkeit wurde die Bedeutung der ökologische Fragen von den Marxisten nicht früher erkannt als von Nichtmarxisten. Im Gegenteil, es gab viele (auch ganze Parteien), die Probleme hatten, die Relevanz der neuen Themen wahrzunehmen und anzuerkennen. Sie waren also ihrer Zeit nicht voraus, standen nicht an der Spitze der Diskussion, sondern hinkten ihr hinterher. Das soll nicht verleugnet, sondern selbstkritisch hinterfragt werden.

Externalisieren, eine Methode Kosten abzuwälzen und Auflagen zu umgehen.

Das Externalisieren spielt eine prominente Rolle in der Postwachstum Literatur. Insbesondere Stephan Lessenich thematisiert es in seinem Buch „Neben uns die Sintflut“ ausführlich. Er stellt es als besonders typisch für die gegenwärtigen Verhältnisse dar. Externalisierungen sind aus seiner Sicht geradezu der Schlüsselbegriff zum Verständnis des globalen Kapitalismus.

Externalisieren bedeutet etwa „nach Außen verlagern“ oder „sich nicht darum kümmern“. So verfährt

man mit allem, was Kosten verursacht oder sonst wie Probleme bereitet. Die Möglichkeit des Externalisierens ist von Anfang an in der kapitalistischen Produktionsweise angelegt. Jeder Einzelbetrieb geht von einer betriebswirtschaftlichen und nicht einer gesamtwirtschaftlichen Rechnung aus. Nur was in der betriebswirtschaftlichen Rechnung auftaucht, z.B. als Kosten, ist für den Einzelbetrieb auch relevant. Was kostenlos zur Verfügung steht (Luft, eventuell Wasser) oder erst nach dem Verkauf der Waren zum Problem wird (Verpackungsmüll, Elektroschrott), dessen simple Entsorgung geduldet wird (Abluft, Abwasser, Lärm) wird zuerst einmal nicht beachtet. Es wird genutzt oder sonst wie in Anspruch genommen, ohne sich um die Folgeprobleme zu kümmern oder sich an anfallenden Kosten zu beteiligen. Diese werden gerne der Gesellschaft aufgebürdet. Nur wenn die Gesellschaft, meistens als Staat, dieser Vorgehensweise Grenzen setzt, entsprechende Gesetze bzw. technische Vorschriften erlässt, spezielle Abgaben erhebt etc., tauchen die dazugehörigen Kosten dort auf, wo sie nach dem Verursacherprinzip hingehören, nämlich in der betriebswirtschaftlichen Rechnung, sie werden dadurch internalisiert. Selbstverständlich muss die Einhaltung von Regeln dauernd kontrolliert und unter Strafanandrohung auch durchgesetzt werden. Die Konkurrenz zwingt die Einzelbetriebe dazu, die Kosten möglichst gering zu halten. Deshalb besteht ein ständiger Anreiz, solche auferlegte Internalisierungen auf irgendeinen Weg wieder loszuwerden, Auflagen zu umgehen, Kosten und negative Folgen anderswohin zu verlagern, also zu externalisieren.

Durch die Globalisierung haben sich neue und erhebliche Möglichkeiten zur Externalisierung aufgetan. Das gilt nicht nur für international tätige Firmen, sondern kann auch durch das Ausnutzen einer entsprechenden internationalen Arbeitsteilung erreicht werden. Durch die unterschiedlichen Entwicklungsstände der Staaten gibt es vielfältige Möglichkeiten einzelne Produktions-

¹– Wer sich dafür näher interessiert, dem sei folgendes Buch empfohlen: Kohei Saito, *Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus*, Campus Verlag, Frankfurt 2016



schritte, die mit problematischen Begleiterscheinungen verbunden sind, sei es aus ökologischen, sozialen oder arbeitsrechtlichen Gründen, in Länder zu verlagern, wo mit wenig oder keinen einschränkenden Bedingungen zu rechnen ist. Zum Teil ergeben sich solche Organisationsformen urwüchsig durch die Konkurrenz der Akteure, zum Teil sind sie auch bewusst geplant. Potentielle Gegenbewegungen sind damit konfrontiert, dass durch die räumliche Verlagerung, die Probleme im einem Land nicht mehr direkt sichtbar sind und somit aus dem Focus verschwinden und das zweite Land genau deswegen ausgewählt wurde, weil dort, aus welchen Gründen auch immer, eine wirksame Gegenwehr nicht zu erwarten ist.

Es ist unstrittig, Externalisierungen finden in erheblichen Ausmaß statt und dadurch werden Kosten, Schäden und Nutzen ungleich verteilt. Insbesondere international agierende Konzerne nutzen dieses Mittel. Sie verschaffen sich dadurch Vorteile gegenüber der Konkurrenz bzw.

maximieren ihre Profite. Wie oben festgestellt sind der Anreiz zur Externalisierung in der kapitalistischen Produktionsweise angelegt. Deshalb besteht auch permanent die Situation, dass bereits durchgesetzte Auflagen durch neue Varianten der Externalisierungen wieder in Frage gestellt werden, wenn schon nicht legal so zumindest real. Durch die Externalisierungen wird auch sichtbar, wie dringend notwendig eine international koordinierte Gegenwehr, z.B. durch Gewerkschaften, wäre.

Zugriff auf die Natur, Ausbeutung der Natur

Die Rede von der Ausbeutung der Natur ist weit verbreitet. Mit diesen Etikett können unterschiedliche Sachverhalte versehen werden, so z.B. die Überfischung der Meere, die Massentierhaltung oder die Rodung von naturnahen Regenwald zur Gewinnung von kommerziell nutzbaren Flächen, etwa als Weideland oder für Plamölplantagen. Des weiteren ist mit Ausbeutung der Natur die Gewinnung von Rohstoffen gemeint. Zum Rohstoffabbaus sollen im folgenden die relevanten kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten näher betrachtet werden.

Der Wert von Waren bemisst sich im Kapitalismus nach der darin enthaltenen Arbeitszeit. Dies gilt auch für Rohstoffe. Wasser und besonders

Luft waren (oder sind) oft ohne Arbeitsaufwand zugänglich. Insofern besitzen sie keinen Wert. Rohstoffe wie Erze, Kohle, Erdöl, Mineralien etc. finden sich in der Natur, sie werden also (im engeren Sinne) nicht produziert. Deshalb haben sie auch keinen Wert an sich, wie alles was in der Natur ohne verausgabte Arbeit vorhanden ist. Allerdings ist Arbeitskraft notwendig, um Lagerstätten zu finden, die Rohstoffe aus der Erde zu hohlen, sie gegebenenfalls vorzubehandeln, z.B. den Erzanteil anzureichern, und sie dann dorthin zu transportieren wo sie gebraucht werden. In der Realität kann das relativ einfach sein (z.B. bei Sand und Kies) oder sehr kompliziert, verbunden mit dem Einsatz von viel Technik und Kapital. Entsprechend dem Aufwand bei der Förderung, kommt dem Rohstoff ein mehr oder weniger großer Tauschwert zu, der die Basis für die Preisfindung des Rohstoffs ist. Was durch den Abbau sonst noch bewirkt wird, ob die Landschaft verwüstet, Wasser verschmutzt wird etc. ist erst einmal nicht für die Kalkulation relevant. Auflagen, die solches begrenzen sollen, müssen von Außen festgelegt und durchgesetzt werden. Durch Auflagen bedingte Aufwendungen erhöhen die Kostpreise.

Normalerweise fordert auch der Eigentümer des Grund und Bodens, auf dem der Rohstoff lagert, eine Vergütung für die Fördererlaubnis



Baustelle des Kernkraftwerks Akkuyu/Türkei, Bild: Evrensel



(solche Abgaben werden oft auch Royalties genannt). Diese Vergütung, eine spezielle Art der Grundrente, geht ebenso in den Rohstoffpreis ein. Es liegt in der Natur der Sache, dass zuerst die Lagerstätten ausgebeutet werden, die einfach und kostengünstig zu erschließen sind. Nach deren Erschöpfung bzw. bei großer Nachfrage werden auch schwieriger und zu höheren Kosten abzubauenen Lagerstätten erschlossen. Für die Preisfindung eines Rohstoffs sind dabei die Kosten der jeweils ungünstigsten Fördergebiete, die noch benötigt werden, um die Nachfrage zu befriedigen, maßgeblich. Alle Anbieter, die günstiger fördern können, erzielen einen Extraprofit. Die Seltenheit eines Rohstoff spielt dabei nur insofern eine Rolle, als diese den Aufwand zu seiner Auffindung und Gewinnung beeinflusst. Eine sich eventuell abzeichnende Erschöpfung von Lagerstätten in der Zukunft, muss nicht unbedingt für die aktuellen Fördermengen und Preise relevant sein. Das ändert sich erst, wenn die Förderung effektiv eingeschränkt werden muss.

Der Kapitalismus setzt die Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen für seine Zwecke als selbstverständlich voraus. Die einzige in der kapitalistischen Logik vorgesehene Grenze für die Verfügbarkeit, ist das Eigentum. Nur der Eigentümer von natürlichen Ressourcen hat das Recht die Verfügbarkeit einzuschränken. Aus diesem Recht erklärt sich auch die Grundrente. Die Eigentumsverhältnisse an Rohstoffen sind in den einzelnen Staaten unterschiedlich geregelt. Häufig ist der Staat grundsätzlich der Eigentümer von Bodenschätzen. In einen solchen Fall bezieht auch der Staat die Royalties. Die Höhe der Grundrente wird letztlich durch die Konkurrenz der Grundeigentümer bzw. Staaten, die über einen gegebenen Rohstoff verfügen können, bestimmt. Die Erfahrung zeigt, dass in den meisten Fällen die Konkurrenz

genügend groß ist, um die Royalties eher gering zu halten.

Was bewirken diese, hier kurz skizzierten, allgemeinen Gesetzmäßigkeiten konkret. Zur Veranschaulichung soll das an einem fiktiven Beispiel dargestellt werden: Ein nicht industrialisiertes Land weist eine bedeutende Lagerstätte für einen Rohstoff aus, der für Produkte aus der Hochtechnologie-Branche benötigt wird. Da in diesem Land eine solche nicht existiert, gibt es keinen Eigenbedarf. Gefördert wird der Rohstoff nur wegen der Nachfrage aus den Industrieländern. Der Eigentümer von Bodenschätzen ist in diesen Fall der Staat. Deshalb steht ihm die erwähnte Grundrente (Royalties) für die Förderungserlaubnis zu. Der Abbau wird von einem internationalen Rohstoffkonzern durchgeführt, der das dazu benötigte Kapital zur Verfügung stellt. Anlagen, Maschinen, Fachkräfte wie Geologen, Ingenieure etc. bringt der Konzern (wie fast immer) aus dem Ausland mit. Für seinen Kapitaleinsatz beansprucht der Konzern mindestens die in dieser Branche übliche Durchschnittsprofitrate. Der erzielte Profit wird (wie meistens) wieder ins Ausland transferiert. Zu fragen ist jetzt noch ob wegen besonders günstiger Förderbedingungen ein Extraprofit anfällt. Wenn ja gibt es zwei potentielle Nutznießer, den Konzern oder den Staat. Wer sich einen Extraprofit letztlich aneignen kann, oder in welchen Verhältnis eine Teilung erfolgt, hängt vom Durchsetzungsvermögen der Beteiligten ab, ist also eine Machtfrage. Weiter ist zu fragen wie mit negativen Folgen des Abbaus, z.B. Abholzen von Wald, Einsatz von Chemikalien, Abraum umgegangen wird? Wurde das Abbauggebiet bisher landwirtschaftlich genutzt, gibt es Entschädigungen für die Betroffenen und ähnliches mehr? Realistisch gesehen ergibt das oft folgendes Bild. Das Land erzielt zwar Deviseneinnahmen aus dem Export des Rohstoffs. Aber ein großer Teil der Einnahmen muss wieder für Importe ausgegeben werden, um den Abbau zu ermöglichen, bzw. fließt als Gewinn wieder ins Ausland. Im Lande bleibt nur relativ wenig, im Wesentlichen die meistens nicht allzu hohen Gebühren an den Staat und die Lohnzahlungen für die eher wenig qualifizierten Arbeiten, für die Einheimische herangezogen

werden. Beim Staat ist dann noch zu fragen, wem seine Einnahmen wirklich zugute kommen oder ob eventuell nur eine kleine Schicht davon profitiert (aber das wäre eine andere Geschichte).

Die Tatsache, dass der Rohstoff für immer abgebaut wird und in der Zukunft, wenn eventuell Eigenbedarf gegeben wäre, dem Land nicht mehr zur Verfügung steht, wird nicht speziell vergolten. Ebenso wenig geht in die Kalkulation ein, dass der Rohstoff auch global gesehen ein relatives seltenes Gut sein kann. Entscheidend ist nur ob genügend Nachfrage zu erwarten ist, um den Abbau, inklusive aller getätigten Investitionen, profitabel zu betreiben. Das beinhaltet meistens nur eine mittelfristige Perspektive.

Wenn das Land mit den Rohstoffvorkommen ein entwickeltes Industrieland (etwa Kanada oder Australien) wäre, gäbe das keine prinzipiellen, sondern nur mehr oder weniger bedeutende graduelle Unterschiede zu diesen fiktiven Beispiel. So könnte z.B. ein Eigenbedarf für den Rohstoff gegeben sein, der Konzern, der den Abbau durchführt, könnte einheimisch sein, Anlagen und Maschinen könnten eventuell aus einer Produktion im Lande stammen und auch das qualifizierte Personal könnte wahrscheinlich leichter lokal rekrutiert werden. Alles zusammen, die ökonomischen Auswirkungen des Rohstoffabbaus können sich, müssen sich aber nicht, unterscheiden. Aber der Aspekt des Zugriffs auf die Natur, oder deren Ausbeutung, und die Tatsache der Endlichkeit von Rohstoffen, Aspekte, die für die Degrowth Szene sehr wichtig sind, wären genauso gegeben. Die kapitalistische Ökonomie hat für die Frage, wie mit der Endlichkeit von Rohstoffen umgegangen werden soll, kein Konzept und schon gar keine Lösung. Es handelt sich um ein Problem, das offensichtlich nach einer übergeordneten Planung verlangt. Nur so könnte ein einigermaßen sinnvoller Umgang mit einem zwar nicht in der Gegenwart aber in der Perspektive knappen Stoff gefunden werden. Aber eine solche Planung widerspricht fundamental dem Kapitalismus und dem Interesse der Kapitalisten.

So etwas wie eine Mengensteuerung im Kapitalismus könnte höchstens durch eine Monopolisierung zustande kommen. Das würde voraus-



setzen, dass der Monopolist, eventuell ein Staat oder eine Gruppe von Staaten, die Kontrolle über einen großen Teil der Vorkommen erlangt hat und diese auch gegenüber anderen Interessenten behaupten kann, eventuell auch mit militärischen Mitteln. Aber auch dann wäre das treibende Interesse vermutlich eher die Maximierung der eigenen Einnahmen oder die Sicherstellung der eigenen Versorgung (oder der Ausschluss verfeindeter Konkurrenten) und weniger ökologische Fragen oder ein nachhaltiger Ressourcenumgang.

Ausbeutung: Aneignung von Mehrwert oder ungleicher Tausch

Genauso häufig wie von Ausbeutung der Natur ist in den einschlägigen Publikationen von der Ausbeutung des Menschen die Rede. Allgemeiner Konsens ist Kritik an allen Ausbeutungsverhältnissen und die Forderung diese abzuschaffen. Weni-

ger eindeutig ist meistens die Analyse solcher Verhältnisse, wer wen ausbeutet und aufgrund welcher ökonomischen und sonstigen Bedingungen. Meistens fehlt auch eine genauere Untersuchung der Klassenlage und dementsprechend auch eine fundierte Aussage darüber, wer der Hauptadressat sein könnte, wenn es nicht nur um eine generelle Anprangerung, sondern um eine Mobilisierung gegen die Ausbeutungsverhältnisse geht. Häufig findet man Passagen, die suggerieren, der Nutznießer von miserablen Arbeitsbedingungen und geringer Löhne sei vor allem die Käufer_in und Konsument_in von Billigprodukten. Außerdem wird immer wieder die These vertreten, der Wohlstand in den Zentren erkläre sich wesentlich aus Wertübertragungen aus der Peripherie. Auch hier meistens ohne ausführliche ökonomische Analysen. Der historische Wandel, den es im Verhältnis Zentren und Peripherie, und damit auch bei den Ausbeutungsverhältnissen, gegeben hat wird oft nicht ausreichend berücksichtigt, d. h. historische Tatsachen werden nicht klar genug von jetzigen (und auch für die nahe Zukunft relevanten) Verhältnissen unterschieden. Ebenso wird viel zu selten die Klassenlage in den Zentren einbezogen.

Im Kapitalismus ist davon auszugehen, dass das grundlegende öko-

nomische Verhältnis der Tausch von Äquivalenten ist. Der Kapitalismus und die typische kapitalistische Ausbeutung basiert also nicht auf simplen Raub oder Betrug. Es ist das Verdienst von Marx die entsprechenden Mechanismen analysiert und aufgedeckt zu haben, z.B. wie durch die Fähigkeit der Arbeitskraft Wert zu produzieren Mehrwert entsteht, der abgeschöpft werden kann, also Ausbeutung stattfindet, ohne dass gegen das Prinzip vom Äquivalententausch verstoßen wird. Das festzuhalten bedeutet aber selbstverständlich nicht, dass es Raub und Betrug nicht gab und gibt. Ebenso wenig ist ungleicher Tausch, bei dem eben nicht Äquivalente getauscht werden, vollkommen ausgeschlossen. Wenn man aber in einem entwickelten kapitalistischen System von ungleichen Tausch im großen Stil ausgeht, wird man eine Begründung finden müssen, warum hier vom kapitalistischen Grundprinzip abgewichen wird.

Aus der Aufdeckung des Mehrwerts als Quelle des Profits, folgt auch, dass Ausbeutung zwischen Kapital und Arbeit stattfindet, die Kapitalist_in eignet sich den von den Arbeitern produzierten Mehrwert an. Die Käufer_in von Waren, die Konsument_in, muss dagegen normalerweise einen Preis bezahlen der mehr oder weniger dem Wert der Waren entspricht, denn





der Marktpreis schwankt gemäß Angebot und Nachfrage um den Wert der Waren. Die Käufer_in steht also nicht im Mittelpunkt des Ausbeutungsgeschehens.

So weit die grundlegenden Überlegungen. Es sei daran erinnert, dass diese einen entfalteten Kapitalismus und einen relativ homogenen Wirtschaftsraum annehmen und zuerst einmal unter diesen Bedingungen gelten. Beide Bedingungen können, wenn das Verhältnis Zentren Peripherie untersucht wird, nicht einfach als gegeben vorausgesetzt werden.

Bei einer konkreten Analyse muss man sich mit der stark ungleichen Entwicklung der Länder und Regionen im Weltmaßstab auseinandersetzen. Damit ist man mitten drin in der Frage der ungleichen Entwicklung im Kapitalismus. Bekanntlich wird diese Frage unter den marxistischen Linken schon seit über 100 Jahren diskutiert und das durchaus kontrovers. Der klassische Ansatz ist die Theorie vom Imperialismus. Auch wenn auf der Linken praktisch niemand die Existenz des Imperialismus in Frage stellt, heißt das nicht, dass zu dieser Frage wirklich Einigkeit bestehen würde. Zu vielen Aspekten, ökonomischen und politischen, gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Auf die umfangreiche Literatur zu diesem Thema kann hier nur pauschal verwiesen werden.

Soll die konkrete Analyse auch die Geschichte einbeziehen, wird auch die Entwicklung des Kapitalismus in den Zentren mit seinen verschiedenen Stadien, von den Anfängen bis zum reifen Kapitalismus, relevant. In der Frühphase des Kolonialismus z.B. (auf der Basis eines sich erst herausbildenden, aber noch nicht voll entfalteten Kapitalismus) waren auf offener Gewalt beruhende Ausbeutungssysteme, wie Sklaverei und andere Formen der Zwangsarbeit, Plünderungen und Raub, weit verbreitet. Es ist unstrittig, dass Auswirkungen aus dieser Phase der kolonialen Herrschaft auch heute noch nachwirken, z.B. die destruktiven

Folgen des Sklavenhandels in den betroffenen Ländern oder die Konzentration von Reichtum bei den besitzenden Klassen der Zentren. Auch in späteren Phasen wurden wirtschaftliche Interessen der Kolonialmächte häufig basierend auf massive Macht durchgesetzt. Gut bekannte Beispiele sind z.B. das Vorgehen der Briten beim Textilhandel mit Indien. In der Frühphase (beginnend im 17., bis in das 19. Jahrhundert hinein), als die indische Produktion der englischen noch überlegen war, wurde durch eine strikte Schutzzollpolitik die entstehende Textilindustrie von Konkurrenz abgeschirmt. Später (ab Mitte des 19. Jahrhunderts), als durch die inzwischen erfolgte Mechanisierung die englischen Hersteller günstiger produzieren konnten, wurde Indien ein Freihandelsregime aufgezwungen, mit der Folge des weitgehenden Ruins der dort existierenden (vorkapitalistischen) Produzenten. Ein weiteres Beispiel sind die beiden Opiumkriege (1839-42, 1856-60), durch die Großbritannien (beim zweiten auch Frankreich) China mit militärischer Gewalt zwang, den Import von Opium zuzulassen. (Gleichzeitig konnten sich die Kolonialmächte noch andere Vergünstigungen in China sichern.) Der Grund für das militärische Vorgehen war die ständige negative Handelsbilanz der europäischen Länder mit China und der dadurch bedingte Abfluss von Silber nach China. Die Briten konnten dem zuerst nur das unter ihrer Regie in ihrer Kolonie Bengalen produzierte Opium entgegensetzen, gegen dessen massenhafte Einfuhr sich das chinesische Kaiserreich wehrte. Profitiert von dieser Politik haben die Handelsinteressen der Ost-Indien-Kompanie und das dahinter stehende Kapital, bzw. die Textilkapitalisten, aber bestimmt nicht die britische Arbeiterklasse der damaligen Zeit. Dies ist offensichtlich. Trotzdem ist eine Einschätzung der langfristigen Folgen komplizierter. Denn solche kolonialistischen Aktionen haben die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise begünstigt und beschleunigt. Man kann davon ausgehen, dass die (spätere) Marktüberlegenheit der kapitalistischen Produzenten nicht, oder nicht so eindeutig, oder nicht so schnell zustande gekommen wäre, wenn es eine solche Machtpolitik nicht gegeben hätte.

Aber der Kolonialismus und die damit verknüpfte Gewalt und Ausbeutung ist nur eine Komponente. Es gibt auch andere Faktoren, die für die Entwicklung des Kapitalismus wichtig sind, etwa der Einsatz von Wissenschaft und Technik und die damit zusammenhängende Steigerung der Produktivkräfte. Die permanente Produktivitätssteigerung ist ein wesentliches Element des Kapitalismus und trägt entscheidend zur Produktion von gesellschaftlichen Reichtum (wer immer sich den dann aneignet) bei. Auch für die Konkurrenz der Kapitale untereinander ist die Produktivität ein wichtiges Kriterium, oft das entscheidende. Veränderungen bei der Produktivität können die Erklärung für das Auf und Ab von Einzelkapitalien in der kapitalistischen Konkurrenz oder für deren Stellung auf dem Weltmarkt liefern. Dies trifft auch bei Ländern und Regionen zu, vermittelt über die durchschnittliche Produktivität ihrer Ökonomien.

Die hohe Produktivität, die in den kapitalistischen Zentren erreicht wurde, ist heute eine der Hauptursachen für die manifeste Ungleichheit bei deren Verhältnis zur Peripherie. Gleichzeitig dürfte sie auch die Hauptquelle für den historisch beachtlichen materiellen Wohlstand der arbeitenden Klassen sein, wie er etwa in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg aufgebaut wurde. Etwas vereinfacht kann man feststellen: Wenn ein Durchschnittsverdiener sich ein Auto leisten kann, liegt das in erster Linie daran, dass inzwischen die notwendige Arbeitszeit, die in einem Auto inkorporiert ist, sehr stark gesunken ist (in Vergleich zu früheren Zeiten). Das heißt aber auch, die Werte, die seit der Periode des Fordismus im Rahmen des Massenkonsums von den arbeitenden Klassen konsumiert werden, wurden und werden zum größten Teil auch von ihnen selbst produziert. In der Zeiten des Neoliberalismus und der Globalisierung haben sich dabei Verschiebungen ergeben, ohne aber das Gesamtbild grundsätzlich zu verändern.

Wenn Länder oder Wirtschaftsräume mit unterschiedlicher durchschnittlicher Produktivität in einen intensiven Austausch treten, geschieht das für die weniger produktive Seite unter ungünstigen Bedingungen. Denn es bedeutet, dass die zusätzliche Arbeitszeit, die das unproduktive



tive Land mehr im Vergleich zum produktiven aufgewendet hat, aufwenden muss, letztlich einer Entwertung ausgesetzt wird. Denn der Wert von Waren bestimmt sich nicht durch die individuell enthaltene Arbeitszeit, sondern durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Arbeitszeiten, die darüber hinaus in Produkten enthalten sind, tragen nichts zu deren Wert bei, sie werden entwertet. Etwas ähnliches geschieht auch beim internationalen Handel. Wenn sich das Produktivitätsniveau der hochproduktiven Produzenten als Standard für den Handelsaustausch durchsetzt, wird damit so etwas ähnliches wie die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit festgelegt.

Diese Aussage bezieht sich auf das Grundprinzip, das die Waren und die Wirtschaftsräume miteinander in Beziehung treten lässt, ist aber stark vereinfacht. Denn in der Realität geht es meistens nicht um einzelne Produkte. Die entscheidende Größe, die den Austausch steuert, ist die jeweilige durchschnittliche Produktivität der Ökonomien, die im Austausch stehen. Normalerweise tauschen unterschiedliche Wirtschaftsräume auch nicht gleichartige Waren aus, die mit

unterschiedlicher Produktivität hergestellt werden, sondern es kommt zu einer Aufspaltung in charakteristische Produktpaletten, die jeweils exportiert bzw. importiert werden, etwa nach dem Muster Maschinen gegen Textilien. In Wirklichkeit vergleichen sich auch nicht Produktivitäten direkt, sondern Preise. Meistens werden die Austauschverhältnisse durch die Wechselkurse der Währungen zum Ausdruck gebracht. Der Kurs der Währung des wenig produktiven Landes ist tief, deshalb erscheinen aus Sicht des produktiven Landes die dortigen Preise und Löhne als niedrig und günstig. Selbstverständlich spielen auch noch eine Reihe von anderen Faktoren, wie etwa Zölle, eine Rolle. Die Wechselkurse wiederum können neben anderen Einflüssen insbesondere der Spekulation ausgesetzt sein, sie spiegeln also keineswegs ausschließlich die unterschiedlichen Produktivitäten wieder.

Im Kern bleibt aber die Feststellung: beim Handel zwischen Ökonomien mit (stark) abweichender durchschnittlicher Produktivität gibt es die Tendenz zur Entwertung der unter den unproduktiven Bedingungen verausgabten Arbeitszeit. Die Entwertung ist nicht das Ergebnis bewusster Handlungen, sie spielt sich hinter dem Rücken der beteiligten Akteure ab. Da auf der einen Seite der am Austausch Beteiligten eine Entwertung stattfindet, werden letztlich gleiche Werte ausgetauscht, die Regel des Äquivalententausch wird nicht verletzt.

Das mehr oder weniger genaue Wissen um diese Umstände ist vermutlich der Grund für die oft vertretene These der Arbeitsübertragungen aus der Peripherie in die Zentren bzw. des Wohlstands auf Kosten der Peripherie. Es ist verständlich, wenn die geschilderten Mechanismen der Entwertung für unfair gehalten werden, auch wenn sie die Regel des Äquivalententausch nicht verletzen. Aber man muss sich im Klaren darüber sein, dass es sich dabei um einen besonders zentralen Teil der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten handelt.

Weil immer wieder das Argument Ausbeutung durch Kauf von Billigware auftaucht, soll noch etwas genauer darauf eingegangen werden. Wir haben festgestellt, das Kapital eignet sich den produzierten Mehrwert an. Das kann auch ein komplexer Vorgang sein. Bekanntlich gibt es in der globalen Wirtschaft komplizierte internationale Lieferketten. Damit verbunden stellt sich die Frage wer sich innerhalb dieser Lieferketten eigentlich den Mehrwert aneignet. Eignet sich jeder formal selbstständige Kapitalist einen Anteil an, der proportional zu der unter seiner Regie erfolgten Wertschöpfung ist? Oder kann es da Verschiebungen geben? Selbstverständlich gibt es Verschiebungen, je nach Marktmacht der Beteiligten und der Konkurrenz untereinander. Ein Beispiel dafür wäre die Produktion und der Handel mit Textilien. Bekanntlich erfolgt deren Produktion meistens nicht in den kapitalistischen Zentren sondern in anderen Ländern (China,



Bangla Desh etc.). Es ist auch bekannt, dass für ein Bekleidungsstück, das in Deutschland etwa für 100 € verkauft wird, die produzierenden Firmen nur etwa 10 € oder auch noch weniger erhalten. Der Rest ist Marge für den Handel in den Zentren (wobei selbstverständlich noch Kosten entstehen und nicht alles Gewinn ist). Bei diesem Beispiel verschiebt sich also die Aneignung eines erheblichen Anteils des Mehrwerts von den unmittelbaren Produzenten zu Agenten der Distribution. Ermöglicht wird das hauptsächlich durch die heftige Konkurrenz der Hersteller untereinander und dem Fehlen von eigenen, unter ihrer Kontrolle befindlichen Vertriebswegen in Europa, USA etc.. Dabei ist anzunehmen, dass der Endkunde einen Preis bezahlt, der mehr oder weniger dem Wert entspricht, also im Endpreis keine systematische Abweichung vom Wert festzustellen ist. Ob die Anbieter in Deutschland eine Hochpreis oder Tiefpreis Strategie verfolgen oder mit zwei verschiedenen Marken doppelgleisig fahren, ist eine Entscheidung dieser Firmen. Aber beide Strategien profitieren vom derzeitigen Machtgefälle zwischen Distribution und Produktion. Mit den Marktstrategien der Distributoren muss kein Unterschied bei Löhnen und Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern verbunden sein. Ein öffentlich bekanntes Beispiel ist Apple, das die Endmontage seiner Produkte bei Foxconn in China durchführen lässt. Über die schlechten Arbeitsbedingungen dort gibt es etliche Berichte, aber Apple ist bekanntlich kein Billiganbieter. Selbst wenn die Konsumenten_innen sich von Billigprodukten abwenden würden, bedeutet das keineswegs, dass deswegen die Arbeiter_innen in den Produzentenländern bessere Löhne bekämen, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern würden oder dass sich generell die wirtschaftlichen Machtverhältnisse dort verändern würden. Solche Hoffnungen zu haben, wäre illusionär und würde die tatsächlichen Gründe für Macht und Ausbeutung verkennen.

Die Gesellschaften in den Zentren und in der Peripherie sind heute in vielfältiger Weise gespalten. Die Ungleichheit und soziale Spaltung in den Industrieländern hat in den letzten Jahrzehnten weiter zugenommen. In den Ländern der Peripherie

stehen herrschende und privilegierte Klassen und Schichten der breiten Bevölkerung entgegen. Dazu kommen noch, zumindest in einigen Ländern, aufstrebende Mittelschichten deren Interessen sich ebenso von denen der großen Mehrheit der Bevölkerung als auch der Oberschicht unterscheiden können. Diese doppelte Spaltung in Zentren und Peripherie ist auch der Degrowth Bewegung bewusst, zumindest den kapitalismuskritischen Teilen. In der derzeitigen Weltlage häufen sich auch für die Zentren und den dort herrschenden Klassen die Schwierigkeiten und Krisen. Seit geraumer Zeit funktioniert die Kapitalakkumulation nicht mehr in dem Ausmaß wie es früher der Fall war. Daran haben auch die sogenannten neoliberalen „Reformen“ prinzipiell nichts geändert.

Neben den ökonomisch-sozialen Widersprüchen machen sich die Auswirkungen der ökologischen Krise immer dringlicher bemerkbar. Die ökonomische und ökologische Lage ist natürlich vielfältig miteinander verschränkt. Aber die direkt betroffenen sind oft nicht die gleichen und die, die sich in der einen oder anderen Sache engagieren, auch nicht. Daraus ergibt sich die Gefahr von Spaltungen und des Auseinanderdividieren von Widerstandsbewegungen. Das sollte jedem bewusst sein. Es ist für alle kritischen und auf Veränderung setzenden Kräfte eine wichtige und vielleicht sogar die entscheidende Frage, wie solche Spaltungen vermieden werden können bzw. wie gegebenenfalls mit ihnen umgegangen wird.

Krisen und Probleme gibt es genug. Aber die politischen Auswirkungen sind noch relativ gering. Noch gibt es bei vielen die Hoffnung auf „Selbheilungskräfte“ oder darauf mit begrenzten Maßnahmen zu Lösungen zu kommen. Viele Gegenbewegungen sind schwach, insbesondere wenn sie grundsätzliche Fragen stellen. Andere sind national begrenzt und/oder von widersprüchlichen Bewusstsein geprägt. Ein Teil der Widersprüche äußert sich auch in einem populistischen und rechten Fahrwasser. Gemeinsame Interessen aller arbeitenden bzw. lohnabhängigen Klassen lassen sich zwar analytisch herausarbeiten, auch global gesehen. Aber die unmittelbare Erfahrungen und die praktischen Politikansätze können noch sehr unterschiedlich sein und drängen noch

nicht zu einer wirksamen Zusammenarbeit.

Den Motor für eine fundamentale Umgestaltung der bestehenden Gesellschaft sehen Marxisten im verschärften Klassenkampf. Traditionell gehen Marxisten davon aus, dass dieser durch soziale Widersprüche angetrieben wird, insbesondere durch Konflikte wie sie in den Betrieben in direkter Konfrontation mit dem Kapital erfahren werden.

Niemand kann vorhersehen, wo, wie und wann sich die Widersprüche in der Zukunft weiter zuspitzen werden und welche Bewegungen und Kämpfe daraus entstehen. Aber mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, dass die ökologische Probleme dabei eine sehr wichtige Rolle spielen werden und eventuell die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen dominieren. Auch die ökologischen Probleme lassen sich als Folgen der kapitalistischen Widersprüche charakterisieren, wenn auch dieser Zusammenhang nicht immer offensichtlich ist und Kämpfe nicht unmittelbar zu einer Konfrontation Arbeit gegen Kapital führen. Für die näheren Zukunft ist damit zu rechnen, dass der Klimawandel, als besonders dringlich angesehen wird. Kurzfristig gesehen, geht es dabei noch keineswegs um Systemfragen. Unmittelbar kommt es darauf an, den CO2 Ausstoß signifikant zu senken. Für entsprechende Maßnahmen gibt es verschiedene Vorschläge, die mehr oder weniger mit dem Kapitalismus vereinbar sind. Wirkliche Realisierungschancen haben vermutlich nur die mit dem Kapitalismus kompatiblen Vorschläge. Zumal ein Teil der herrschenden Klassen die Wichtigkeit der Aufgabe erkannt hat und bereit zu sein scheint, dabei mitzuwirken. Ob die Reduktion des CO2 Ausstoß im globalen Maßstab gelingt, so wie es nötig wäre, ist offen, genauso wie die klimatischen und politischen Folgen bei einem Scheitern. Aufgabe von Marxisten ist es darauf hinzuwirken falsche Frontstellungen zu vermeiden und eine klare Analyse aller Krisenursachen zu betreiben, seien sie ökonomischer, sozialer oder ökologischer Art. Insbesondere ist es die Aufgabe von Marxisten die Klassenzusammenhänge aufzudecken und in den Debatten und Kämpfen zu thematisieren.

Rüstungsausgaben weltweit auf Höhepunkt

Aggressive Militärpolitik und Waffendeals erhöhen Kriegsgefahr



Die recherchierten Fakten und Zahlen dieses Beitrags werden überschattet von der Tatsache, dass sich die Welt seit Beginn dieses Jahres im Kampf gegen einen heimtückischen Gegner neuer Art befindet. Der Kampf, der von den Ländern überall gegen das pandemische Corona-Virus mehr oder weniger erfolgreich geführt wird, beeinträchtigt erheblich das menschliche Zusammenleben, die allgemeine Bewegungsfreiheit und wird zu zusätzlichen Milliardenkosten für Staatshaushalte und ökonomischen Verlusten in vergleichbaren Dimensionen führen. Die Lebenshaltungskosten steigen merklich an, besonders bei Lebensmitteln. Es gibt Millionen Arbeitslose mehr. Es wird voraussichtlich auch die im Jahr 2019 noch stark boomende Rüstungsindustrie treffen, die eine stark global vernetzte ist und Löcher in die Militäretats der Länder reißen. Denn am ehesten wird man hier Reserven abziehen können aus einem Bereich, der vom Friedensstandpunkt aus ohnehin der überflüssigste, unnützte und sozial schädlichste auf der Welt ist. Die Brutto-Inlandsprodukte (BIP) vieler Länder dürften unter Pandemie-Bedingungen sinken, an denen

sich z.B. das 2-Prozent-Rüstungsziel der NATO-Staaten ausrichtet. Noch ist von drastischen Einbrüchen nicht die Rede, im Gegenteil.

Weniger Militärausgaben befürchtet

Aus Kreisen von Sicherheitsexperten, Verteidigungspolitikern und Militärsachverständigen sind gleichwohl warnende Stimmen zu hören wie von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, die zu bedenken gibt: *„Die schwierigen sozioökonomischen Folgen [der Viruskrise] könnten europäische Regierungen dazu verleiten, der sofortigen wirtschaftlichen Hilfe den Vorrang vor langfristigen Sicherheits- und Verteidigungsüberlegungen einzuräumen“*. Es sei ein Kardinalfehler bei der letzten Krise (gemeint ist die von 2008/09) gewesen, unkoordinierte Kürzungen der nationalen Verteidigung vorzunehmen, statt sich von *„harmonisierenden europäischen Entscheidungen“* leiten zu lassen. *„Angesichts der sich abzeichnenden Haushaltskrise könnten die Regierungen versucht sein, genauso zu reagieren“* (Schleswig Holsteinische Zeitung vom 27.4.2020). NATO-Generalsekretär Jens Stoltenbergs Be-

fürchtungen gehen in eine ähnliche Richtung, der wirtschaftliche Abschwung könnte einige NATO-Staaten angreifbarer und empfänglicher machen, für den Verkauf kritischer Infrastruktur – langfristige Auswirkungen auf die Sicherheit der Länder nicht ausgeschlossen. *„Und natürlich wird es Konsequenzen für den Haushalt geben“*, räumte Stoltenberg bei einem Treffen der NATO-Verteidigungsminister ein (zit. nach SHZ, ebd.). Die NATO hat bekanntlich bei ihrem Treffen in Wales 2014 für ihre Mitglieder bei der Steigerung der Verteidigungsanstrengungen die 2-Prozent-Vorgabe vom jeweiligen nationalen BIP ausgegeben, dem es sich bis zum Jahr 2024 anzunähern gelte. Die 29 NATO-Mitglieder befinden sich auf unterschiedlichen Levels, dies umzusetzen. So haben Frankreich und Großbritannien das Ziel mit 1,9 und 2,1 % praktisch schon erreicht bzw. übererfüllt, während Deutschland mit einem Wert von zuletzt 1,38 % noch deutlich hinterherhinkt, was auch immer wieder ein Zankapfel im Streit mit der US-Regierung unter Präsident Donald Trump ist, der den Deutschen vorwirft, zu wenig für Militär auszugeben. Doch gab es diesbezüglich auch schon unter der

Obama-Administration „sanfte“ Ermahnungen an die Deutschen. Dabei zahlt Berlin inzwischen mit etwas über 16 % genauso viel für den Unterhalt der NATO wie die USA. Die zu erwartenden wirtschaftlichen Corona-Einbrüche dürften hier zu weiterer Verzögerung und Nichterfüllung des NATO-Solls führen, wenn man an die schwer von Corona gebeutelten Länder Großbritanniens, Spanien, Italien oder auch die Türkei denkt.

Die neuen Zahlen gemäß dem SIPRI-Jahrbuch 2020 für 2019

Die Befürchtungen, die „wichtigen“ Staaten der Welt könnten am Ausgabenast für Militär verhungern, sind freilich wie die neue Studie des Stockholmer Friedensforschungs-Instituts SIPRI in seinem Jahrbuch vom April 2020 belegt, weitgehend aus der Luft gegriffen und reine Präventiv-Propaganda mit Lobby-Steilvorlage für die Rüstungsindustrie. Es gibt nahezu überall bei Militärausgaben und Rüstungsex- wie importen zum Teil erhebliche Steigerungen, auch und gerade über längere Zeiträume betrachtet. Da es hier zum Teil um gegeneinander feindlich eingestellte Länder geht (USA/NATO versus Russland; USA vs. China und Nordkorea – und umgekehrt – China vs. Indien, Indien vs. Pakistan, Saudi-Arabien und Israel vs. Iran), muss hier maßstäblich von einem im Gang befindlichen neuen Rüstungswettlauf gesprochen werden, ähnlich wie schon im Kalten Krieg mit anderen Vorzeichen. Schon weit weniger Freund-Feind-Konstellationen reichten aus, um den Ersten Weltkrieg auszulösen.

Die USA bestreiten demnach mit 38 % den Löwenanteil bei den weltweiten Militärausgaben von aktuell 1,973 Billionen USD, was nochmal eine Steigerung zu 2018 von 3,6 % bedeutet. Davon entfällt in den USA viel auf Personalkosten, so wurden 16.000 neue Militärangehörige eingestellt. Ein großer Flugzeugträger – die USA verfügen davon über elf – hat eine Besatzung von ca. 5.500 Mann. Ein großer US-Marinekampferverband umfasst ca. 30 bis 40 Kriegsschiffe, davon sind meist zwei Flugzeugträger. Ein einziger solcher Kampfverband dürfte allein schon fast ein Drittel der personellen Bundeswehrstärke (ca.

185.000 Mann und Frau) betragen. Mit großen Abständen folgen China mit 14 %, Indien mit 3,7, Russland mit 3,4, Saudi-Arabien mit 3,2, Frankreich und Deutschland gleichauf mit je 2,6 Prozent. In absoluten Zahlen sind das für die USA 732 Mrd. USD (etwa der doppelte Staatshaushalt der BRD!), allein die Steigerung zu 2018 entspricht dabei der Summe des Militäretats Deutschlands. Gefolgt von China mit einer Steigerung zu 2018 um 5 % und absolut 261 Mrd. USD. Seit 1994 erhöht China im Gleichschritt mit seinem gewaltigen Wirtschaftswachstum seine Militärausgaben kontinuierlich, seit 2010 um sage und schreibe 85 Prozent. Laut Haushaltsbericht der Regierung, der zu Beginn der Generaltagung des Volkskongresses vorgelegt wurde, soll der Rüstungsetat in diesem Jahr um weitere 6,6 Prozent erhöht werden (ZDF text vom 22.5.2020), der damit höher als das erwartete Wirtschaftswachstum ausfällt, dem ohnehin durch Corona bedingt starke Einbußen drohen. China baut derzeit massiv seine Pazifikflotte aus und hat einen zweiten eigenen Flugzeugträger von bisher drei Einheiten im Bau (einer wurde von der Ukraine übernommen). China will im Streitkorridor des Chinesischen Meers um verschiedene Inselgruppen, auf die es Hoheitsansprüche erhebt, mit Taiwan und den USA verstärkte Präsenz zeigen. Seine gesamte konventionelle Kriegsflotte ist numerisch jetzt schon stärker als die der US-Pazifikflotte. Der Anteil der Rüstungsausgaben am nationalen BIP beträgt 1,9 %. Um das Bild abzurunden entfallen insgesamt 53 Milliarden Dollar an Militärausgaben auf Lateinamerika (davon die Hälfte auf Brasilien), 42 Milliarden auf Länder in Afrika und 41 Milliarden auf Staaten in Südostasien.

Waffenhandel – Waffenex-/importe

Die fünf größten Waffenexporteure weltweit im Durchschnitt des Zeitraums von 2014-18 mit zusammen 75 Prozent Anteil am Waffentransfer sind: USA 36, Russland 21, Frankreich 6,8, Deutschland 6,4, China 5,2 Prozent. Die fünf größten Waffen-Importeure im selben Zeitraum mit einem Weltanteil von zusammen 35 Prozent sind: Saudi-Arabien, In-

dien, Ägypten, Australien, Algerien. Für den Raum Asien und Ozeanien beträgt der weltweite Importanteil (2014-18) rund 40 Prozent, der sich auf die Länder Indonesien, Australien, China, Südkorea und Vietnam verteilt. Im Mittleren Osten betrug die Steigerung bei der Aufrüstung (2014-18) 87 Prozent im Vergleich zum Zeitraum 2009-13. Daran beträgt der Anteil der USA-Exporte 52 Prozent. Saudi-Arabien verbuchte von 2014-18 eine Importsteigerung gegenüber 2009-13 von 192 Prozent. Seit 1950 sind die USA und die Sowjetunion/Russland die größten Waffenexporteure. Die USA lieferten seither Waffen an 98 Staaten, ihr Abstand zu anderen Staaten, vornehmlich zu SU/Russland, vergrößerte sich ständig. Der globale Waffenhandel mit Panzern, Fregatten, U-Booten, Kampffjets und anderem schwerem Kriegsgerät expandiert seit 2003 beständig. Gegenüber 2014-18 (s. o.) beläuft sich die Steigerung für den Zeitraum 2009-13 auf plus 7,8 Prozent, für die Jahre 2004-08 sogar 32 Prozent. Bei der Atomwaffenrüstung erneuern sowohl die USA als auch Russland ihre Arsenale. D. h. Altes wird ausrangiert, Neues modernisiert und neu entwickelt, dabei kommt man zwar mit weniger, dafür aber effektivierten Sprengköpfen aus. Beide Länder besitzen weltweit zusammen den Löwenanteil von ca. 92 Prozent aller Atomwaffen. Deren Zahl (Stand 2019) verringerte sich gegenüber 2018 von 14.465 auf jetzt 13.865 Sprengköpfe = minus 4 Prozent. Die numerische Verringerung ist zwar eine Vorgabe des Atomabkommens „New START“, aber der Schein trügt, da bei den Abgängen vor allem die veralteten Sprengköpfe zu Buche schlagen und die Abrüstung langsamer verläuft als vor 10 Jahren. Die USA zogen sich zudem sowohl aus dem Atom-Abkommen mit dem Iran als auch aus dem INF-Vertrag mit Russland zurück. Neues ist nicht in Sicht. Der SIPRI-Abrüstungsexperte Shannon Kile spricht deshalb auch von einem „negativen Trend“. (Alle Zahlenangaben dieses Abschnitts laut SIPRI/ZDF).

Türkei unterläuft UN-Embargo

Unlängst sorgte die Entdeckung durch „report München“ und ande-

re Medien, dass die Türkei mit ihren neuen A400M-Militärtransportern von Airbus Militärmaterial und Söldner-Truppen aus Syrien zur libyschen Westküste zum Stützpunkt Misrata der libyschen West-Allianz befördert, im Reichstag für Diskussion und Protest. Mit den Transporten bricht die Türkei das verhängte UN-Embargo über das nordafrikanische Bürgerkriegsland, an dessen Überwachung durch die Mission „IRINI“ die Bundesmarine mit einem Überwachungsflugzeug des Typs „Orion“ und der Fregatte „Hamburg“ beteiligt ist. Airbus-Techniker warten vor Ort im Stützpunkt Kayseri die türkischen Maschinen und halten sie einsatzfähig. Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Arnold Wallraff, spricht über den Vorgang von „Absurdistan“. Diese Unterstützung müsse sofort aufhören, da sie ebenso wie die Transporte gegen das Embargo verstoße. Airbus will sich an die genehmigte Lieferung von insgesamt 10 Maschinen des derzeit modernsten viermotorigen Militärtransporters der Welt halten, ebenso an den Wartungsvertrag. Was die Türkei mit den Maschinen mache, sei nicht Sache von Airbus. Ein

im Grunde skandalöser Vorgang. Besondere Brisanz: Die deutsche Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer sitzt im Aufsichtsrat von Occra, der Beschaffungsorganisation mit Sitz in Bonn für die Abwicklung von Verkauf und Wartung des A400M. Ihr Ministerium wie auch das Auswärtige Amt behaupten, keine über die offiziell aus den Medien bekannten Fakten hinaus gehende Erkenntnisse des Vorgangs zu verfügen. Die Linke-Abgeordnete Sevim Dagdalen forderte deshalb den sofortigen Stopp der Rüstungskoope-ration von Airbus mit der Türkei und einige SPD-Bundestagsabgeordnete verlangen eine Änderung der Außenwirtschaftsgesetze.

Deutschlands Rüstungsvormarsch

Deutschland gab nach SIPRI im Vergleich zu 2018 im vergangenen Jahr 10 % mehr für die Bundeswehr aus und liegt aktuell bei 49,3 Mrd. Euro. Angestrebt werden bis 2024 ca. 58 bis 59 Milliarden. Russland, mit 65,1 Mrd. USD (Rang 4) = 4 % vom BIP, ist wieder verstärkt im Fadenkreuz der NATO als Gegner und Feind. Deutschlands Marine und Luftwaffe stehen vor weiterer Auf- und Neurüstung. Ein Vertrag mit dem holländischen Werftenkonsortium Damen Shipyards Group hat beim Auftrag für den Bau von zunächst vier (von sechs) Mehrzweckkampfschiffen der Klasse MKS 180 (größer als die bisherigen Fregatten) durch Blom + Voss als Teil der Lürsen-Gruppe federführend den Zuschlag erhalten mit einem Umfang



von zunächst 5,27 Mrd. Euro. Was als europäische Ausschreibung bei den beiden deutschen Marinebau-Werftenkonsortien German Naval Shipyards und ThyssenKrupp Marine Systems TKMS zu heftiger Kritik und Verstimmung führte. Inzwischen wird hier im „nationalen Interesse“ eine Großfusion zwischen beiden angestrebt mit Primärzugriff auf künftige nationale Projekte. Bei der Luftwaffe gab es Streit und Uneinigkeit. über einen Nachfolger für den in die Jahre gekommen Tornado-Atombomber, dem seit den 80er Jahren langlebigen „Arbeitspferd“ in der Luft der Bundeswehr in vielen Mehrzweck-Varianten bis zum in Nahost von Jordanien aus eingesetzten Aufklärer mit sechs Ma-

schinen über syrischem Staatsgebiet, deren Auftrag mit der Vertreibung des IS eigentlich inzwischen erfüllt sein sollte. Zusammen mit Frankreich und Spanien bastelt Deutschland an einem neuen Luftverteidigungs-Konzept mit Namen FCAS (Flying Combat Air System) mit den Komponenten Kampfjet (bisher nur als Mustermodell), bewaffneten Drohnen und Raketen. Dieses soll aber frühestens 2040 bereitstehen. Solange braucht man für einen Übergang, eine „Brückentechnologie“ wie das die CDU-Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer fachkundig nennt, die mit wenig Fortune in der Männerdomäne ähnlich ihrer wenig geliebten Vorgängerin von der Leyen schon ankündigte, ihr Amt nur noch bis zum Ende der Legislatur auszuüben. Die durch die jetzt ab 2024 wegen Überalterung (ab 2030 unwirtschaftlich und nicht mehr sicher)

zu erwartenden Tornado-Ausfälle (die NATO-Länder mustern ihn bereits jetzt aus) entstehende Lücke, wird nach viel Kontroverse ausgefüllt werden durch die Komponenten Eurofighter und den zweistrahligen US-Kampfjet F-18 von Boeing, einer Entwicklung der 70er Jahre, die in der US-Air-Force vor der Ausmusterung steht und nur noch exportiert wird, was auch unklare Perspektiven hinsichtlich Wartung und Ersatzteilen eröffnet.

terung steht und nur noch exportiert wird, was auch unklare Perspektiven hinsichtlich Wartung und Ersatzteilen eröffnet.

Luftwaffe

Als Tornado-Ersatz angeschafft werden sollen 93 weitere Eurofighter (EF) vom Hersteller Airbus sowie 45 F-18-Bomber aus den USA. Zur Freude Donald Trumps, dem die Bundesregierung im Streit um die Vorgaben der NATO-Aufrüstung zusicherte, mehr Waffen in den USA zu kaufen. Das Problem dabei sind die Zertifizierungen als Atom-Bomber für die modernisierte US-Atombombe B61-12 (seit 2017 einsatzbereit), die bei

der F-18 schneller geschehen kann als beim EF, wo sie erst für 2030 erwartet wird. Pannen und Skandale haben bei den Luftwaffenbeschaffungen der Bundeswehr Tradition. Man denke nur zurück an das Desaster mit dem Starfighter-Kampffjet in den 1960er bis 1980er Jahren. Von Schmiergeldzahlungen des US-Flugzeugbauers Lockheed an den deutschen CSU-Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß war die Rede, die Luftwaffe verlor von über 900 in den USA gekauften „Sternenkämpfern“ über 200 Maschinen allein durch Abstürze und mehr als 100 Kampfpiloten. Das technisch unausgereifte Flugzeug, das die Piloten überforderte, erhielt bald den Beinamen „Witwenmacher“.

Nukleare Teilhabe

Ab 1983 wurde in Zusammenarbeit mit Großbritannien, Spanien und Italien der Jäger 90 entwickelt, Vorläufer-Modell des Eurofighters, das bis dahin teuerste Rüstungseinzelprojekt der Bundeswehr mit einem Stückpreis von umgerechnet 33 Mio. Euro. Die folgende Neuentwicklung EF, nach jahrelanger Verzögerung ab 2004 einsatzfähig, sollte ein Vielfaches davon kosten mit 93,5 Mio. Euro pro Stück. Der anfängliche Bauauftrag für 250 Maschinen wurde deshalb reduziert auf nur noch 140, die heute bei Luftwaffe, Marine und Heer Dienst tun. Tornado, EF und F-18 sollen das Rückgrat der deutschen Atombomberflotte sein, die im Zuge der Nuklearteilhabe (d. h. Bomben von den USA unter deren Verwahrung und Freigabekontrolle) im Kriegsfall Einsätze mit den 20 Bomben fliegen soll, eine lediglich symbolische Abschreckungsmacht. Stationiert sind sie als Jabo-Geschwader 33 auf dem US-amerikanisch-deutschen Fliegerhorst Büchel in der Ost-Eifel südlich von Bonn. Sie sind ein permanenter Anstoß für Proteste und Aktionen des zivilen Ungehorsams der Friedensbewegung (Eindringen auf Gelände, Blockaden) und sorgen neuerdings wieder für Uneinigkeit darüber zwischen Union und SPD, von der Teile die nukleare Teilhabe beenden wollen. Die Unions-Heuchelei geht dabei soweit zu sagen, dass auch sie für eine „atomwaffenfreie Vision“ eintrete, doch sei dies gegenwärtig und bis auf weiteres unrealistisch und sei nukleare Abschreckung darum weiter nötig.

Neue Waffen und Kooperationen weltweit

Im Juni meldete Israel den erfolgreichen Test neuer ballistischer Raketen mit einer angegebenen Reichweite von 400 Kilometern. Das staatliche Rüstungsunternehmen „Israel Aerospace Industries (IAI)“ teilte mit, dass der Test des Artillerie-Langstreckensystems „Lora“ auf offener See vorgenommen worden sei. Der amtierende Präsident Netanjahu schwärmte von einer „guten Nachricht für die Bürger Israels“ und einer schlechten für die „Feinde Israels“. Es ist klar, wogegen sich diese neuen Waffen richten sollen: gegen Ziele in Syrien und im Iran.

Ein Novum stellten im August erstmalig veranstaltete gemeinsame Luftmanöver von israelischen F-16-Kampffjets und Eurofightern der deutschen Luftwaffe dar. Gemeinsam überflog man als „Zeichen am Himmel“ in Ehren-Formation im Tiefflug die KZ-Gedenkstätte in Dachau. An den folgenden Tagen wurden ausgehend vom Luftwaffen-Fliegerhorst Nörvenich im Rheinland Luftkampfübungen der deutsch-israelischen Staffel abgehalten bei Tag und Nacht. Die israelische Militärabordnung brachte ihr gesamtes technisches Wartungspersonal samt Ersatzteilen mit, da deutsche Bundeswehr-Techniker damit nicht vertraut sind. Wehrmutstropfen am Rande bei der allseits von Politikern beider Länder gelobten neuen Kooperation, der deutsches Pannenmilitär demonstrierte, war der technische Defekt eines beteiligten Eurofighters, der zum Stützpunkt in Fürstentfeldbruck zurückkehren musste und dort unbeschädigt notlandete. 2017 hatten sechs deutsche Eurofighter-Kampffjets erstmals im Rahmen eines gemischten NATO-Luftwaffenverbandes aus US-Amerikanern, Franzosen, Polen, Italienern und Griechen am schon öfter abgehaltenen Strategie-Manöver „Blue Flag“ über der südlichen Negev-Wüste beim Stützpunkt Ovla bei Eilat teilgenommen. Um israelische Westintegration militärisch zu bekräftigen und Ausrüstung und Strategie abzustimmen. Bei nicht wenigen, vor allem älteren israelischen Einwohnern dürfte der Anblick des Eisernen Kreuzes der deutschen Flugzeuge gemischte Gefühle hervorgerufen haben.

Aus den USA kam Mitte Mai die Nachricht über die Neuentwicklung einer Hyperschallrakete durch die US-Streitkräfte, die drei Mal schneller als die schnellsten Raketen anderer Staaten wie Russland oder China sein soll. Der Waffenfanatiker, US-Präsident Trump, nannte sie sogleich sinnigerweise die „Super-Duper-Rakete“. Die russische Armee hat Ende Dezember 2019 ihre neue Hyperschallrakete vom Typ „Avantgarde“ in Dienst gestellt, die 20 Mal so schnell wie der Schall (Mach 1 = rd. 1.000 km/h) fliegen soll.

Weltraum als militärische Einflusszone

Die USA, Russland und auch China arbeiten fieberhaft an nahezu unverwundbaren orbital-gestützten Lenksystemen per Militärsatelliten im Weltraum. Ziel reiner Weltraum-Waffen ist es, fremde (feindliche) Satelliten zu stören, indem sie diese elektromagnetisch beeinflussen und in ihre Datensoftware eingreifen. Satelliten, die für die Telekommunikation und Navigation auf der Erde nötig sind, stellen ein potenzielles „Sicherheitsrisiko“ dar, da sie eine „Dual Use“ Technologie verkörpern, also nicht nur zivil, sondern auch militärisch genutzt werden. 20 bis 25 Prozent aller Satelliten werden militärisch genutzt, z. B. für den Einsatz zielgenauer Waffen-Drohnen und Marschflugkörper sowie zur Frühwarnung bei Raketenstarts. Die USA schufen dazu seit 2019 eine neue „Space Force“ (Weltraum-Kommando) als reguläre sechste Teilstreitkraft. Mit dem gerade absolvierten erfolgreichen Flug der ersten mit zwei US-Astronauten besetzten privaten „Crew Dragon“-Raumkapsel nach neun Jahren zur ISS-Raumstation, sind die Amerikaner zurück auf der Bühne bemannter Weltraumfahrt mit stets militärischer Komponente. Es geht dabei vor allem um Unabhängigkeit vom russischen Sojustransportsystem. Präsident Trump schwärmte denn auch von einer „heldenhaften Tat“ von mehr als historischer Bedeutung, es markiere die „kühne und triumphale Rückkehr der USA zu den Sternen“. Am 27. Dezember 2019 startete vom chinesischen Weltraumzentrum Wenchang auf der Insel Hainan die neue

Trägerrakete „Langer Marsch 5“, um einen Kommunikationssatelliten in eine Umlaufbahn zu bringen. Chinas ehrgeiziges, aber von Fehlschlägen begleitetes, Raumfahrtprogramm soll Missionen zum Mond, Mars und zum Bau einer eigenen Raumstation ermöglichen. Auch andere Nationen denken praktisch über eigene Welt-raumambitionen nach, sogar mit Optionen für Raketenstartplätze. So ist in Deutschland schon seit einiger Zeit im Gespräch, obwohl man im europäischen Weltraumprogramm der ESA eigentlich voll ausgelastet ist, Starts mit Raketen von norddeutschem Boden aus vorzunehmen. Im Gespräch hierfür sind die Standorte Rostock-Laage (Zivil- und Militärflughafen) oder der Truppenstandort mit Übungsplatz in Nordholz bei Cuxhaven. Probleme bereiten allerdings die weit nördlich des Äquators gelegenen Startplätze an Nord- und Ostsee. Japan (Ausgaben 2018 für Militär: 46,6 Mrd. Dollar) beendete gerade die erste Phase seiner unbemannten Transportflüge mit der Trägerrakete H-2B und Frachten zur ISS mittels des Flugsystems „Kono-tori 9“ wie seine Weltraumbehörde „Jaxa“ wissen ließ. Der letzte vom japanischen Weltraumbahnhof „Tanegashima Space Center“ in der Provinz Kagoshima gestartete Frachter dockte am 25. Mai d. J. an der Internationalen Raumstation ISS an.

Die Atomwaffen-Macht Indien (Militärausgaben aktuell: 71,1 Mrd. US-Dollar) unterhält ebenfalls ein kostspieliges Weltraumprogramm mit eigenem Träger- und Flugkontrollsystem. Man scheiterte unlängst mit der Mission eines mobilen Erkundungsroboters auf dem Mond, der beim Landeanflug auf der Oberfläche zerschellte. Milliarden US-Dollar in den Mondstaub gesetzt. 2019 testete Indien sein erstes Antisatelliten-System. Das Land hat zugleich massive wirtschaftliche und soziale Entwicklungsprobleme, gibt aber im Wettlauf mit Pakistan und gegen China gerichtet Riesensummen für Militär und Weltraumfahrt aus. Der Erdtrabant wird zum neuen Ziel nationaler Anstrengungen, ihn als Basis für verschiedene Zwecke wie etwa bemannter Flüge zum Mars, zur Rohstoffausbeutung aber auch militärischen Überwachung der Erde zu vereinnahmen. Jedes Weltraumfahrt

betreibende Land versucht sich in einem bisher völlig vertragslosen Raum die besten Ausgangspositionen zu sichern. Außer den hier genannten Ländern unterhalten Argentinien, Brasilien, Iran, Israel, Kanada, Südkorea, Malaysia und die Ukraine nationale Raumfahrt-behörden oder -agenturen. Bis 2024 wollen die USA mit Hilfe des privaten Unternehmens SpaceX des Tesla-Milliardärs Elon Musk neue bemannte Flüge zum Mond mit Landungen veranstalten. Der Mond wird im kolonial-imperialen Kolumbusstil in zivil-militärischen Besitz genommen. Bisher ist nur die Stationierung von Massenvernichtungswaffen im All verboten. Für von der Erde (oder woanders) startende Raketen und Waffen, die für den Gebrauch im Weltraum bestimmt sind, gibt es keinerlei Verbote. Hier müsste, um ein weiteres Wettrüsten zu vermeiden, der UN-Sicherheitsrat schon längst in Aktion treten, ähnlich der Weltraum-Diplomatie in den Jahren 1967-84, die die Grundlage legte für das heute geltende (veraltete) Weltraum-Recht, denn da waren es nur zwei, heute gibt es sechs aktive Raumfahrtbetreiber.

Nationalisierung

Russland verfolgt angestrengt sein Vorhaben, nach der nach 20 Jahren allmählich in die Jahre kommenden ISS, des Baus einer Nachfolge-Station und drängt auf Entscheidung über nationale oder internationale Kooperation beim Bau und der Nutzung. Die Arbeiten sollten sofort beginnen, ließ der Chef der russischen Weltraumbehörde „Roskosmos“, Dmitri Rogosin, gegenüber der Boulevardzeitung *Komsomolskaja Prawda* vor kurzem verlauten. Die Abkoppelung der USA von den russischen Sojustransporten reißt ein empfindliches Finanzloch in die russische kommerzielle Raumfahrt. Derzeit findet eine verstärkte Nationalisierung von Rüstungsmaßnahmen statt, siehe auch die bereits erwähnte deutsche Werftenfusion für die Marinerüstung. Am 20. Mai d. J. wurde bekannt, dass ThyssenKrupp Marine Systems in Kiel vor der Übernahme der brasilianischen Oceana-Werft im Bundesstaat Catarina steht, vorbehaltlich der Zustimmung der brasilianischen Kartellbehörde. Die Werft soll vier neue Fregatten für Brasiliens Marine

bauen. Kriegsschiffe für den rechtsextrremen Staatschef und Leugner von Klimazerstörung und Corona-Krise, Präsident Jair Bolsonaro.

Neue „Indo-Pazifik-Strategie“ Deutschlands

Das deutsche Bundeskabinett der Großen Koalition beschloss am 2. September, einen Tag nach dem Antikriegstag, eine neue deutsche militär- und sicherheitspolitische Strategie für den indo-pazifischen Großraum von Indien über Australien und Süd-/Südostasien bis zur US-Westküste. SPD-Bundesaußenminister Heiko Maas rechtfertigte den Kabinettsbeschluss gegenüber dem *Berliner Tagespiegel*: *„Der Himalaya und die ‚Straße von Malakka‘ [Meerenge zum Südchinesischen Meer, d. Verf.] mögen weit entfernt scheinen. Aber unser Wohlstand und unser geopolitischer Einfluss in den kommenden Jahrzehnten beruhen gerade auch darauf, wie wir mit den Staaten des Indo-Pazifiks zusammenarbeiten.“* Maas will diesem Aspekt eine *„Priorität der deutschen Außenpolitik“* einräumen, um sich *„mit demokratischen und kooperationswilligen Partnern internationaler Regierungen“* gegen das *„Recht des Stärkeren“* in einer Region durchzusetzen, in der Schwergewichte wie China, Indien und Japan liegen. Gerade ist der rechtsliberale Premier Abe von seinem Amt als Japans Premier zurückgetreten, der unverhohlen für den Neo-Militarismus des Landes stand und Japans mächtige Aufrüstung vor allem zur See vorantrieb.

„Im Raum zwischen Indien, Australien und der Westküste der USA“, so Maas weiter, *„entscheidet sich die Ausgestaltung der internationalen Ordnung von Morgen“*. Deutschland wolle diese Ordnung mitgestalten mit dem Blick auf gemeinsame Werte. *„Der politische Westen liegt auch im Osten“*. Das klingt sehr ähnlich wie die Formel der 2000er Jahre seines Parteikollegen und Verteidigungsministers Peter Struck von der angeblichen Verteidigung deutscher Freiheit und Interessen am Hindukusch. Nur hat man die deutsche Einflusszone deutlich weiter nach Osten ausgedehnt. Diese neue Speerspitze zielt vor allem gegen China, das seinen Machtanspruch auf insuläre Hoheitsgebiete im Südchinesischen Meer mit militärischen

Mitteln durchsetzen will, indem es einzelne Inselgruppen besetzt und sie zu Militärstützpunkten ausbaut. Maas konstatiert: „Wir sehen mit Sorge das Wettrüsten in der Region und latente Konflikte, deren Ausbruch weltweite Erschütterungen nach sich ziehen“ würden.

Auch die CDU-Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer erklärte schon früher, Chinas expansiven Machtanspruch eindämmen zu wollen. Staaten wie Indien und Australien fordern ein stärkeres Engagement der Europäer gegenüber Chinas Hegemonialstreben und seine versuchten Einschüchterungen. Die „Freiheit der Meere“ und die Interessen Europas und seiner Wirtschaft sind berührt. Zweidrittel des weltweiten Seehandels verläuft über Schiffrouten des Indo-Pazifiks. Der deutsche Außenhandel mit Südasiens, Südostasien, Australien und Neuseeland ist konstant gewachsen. Das betont auch Maas: „Als Handelsnation hängen unser Wohlstand unmittelbar von der Freiheit des Handels und der Seewege ab, die zum großen Teil durch den Indo-Pazifik führen“ (Alle Zitate bis hierhin nach *Tagesspiegel Plus* vom 2.9.2020). AKKs mehrfach artikulierten Ambitionen für eine deutsche Militärpräsenz im Indo-Pazifik traten bisher SPD-Politiker entgegen. Jetzt stimmten sie den Plänen ihres Ministers für eine Verstärkung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Akteuren der Region zu. Dazu sehen die neuen „Indo-Pazifik-Leitlinien“ Berlins einen abgestuften Maßnahme-Katalog vor, in denen es z. B. heißt, dies könne „die Teilnahme an sicherheitspolitischen Foren, die Teilnahme an Übungen in der Region, gemeinsame Evakuierungspläne, die Entsendung von Verbindungsoffizieren sowie Formen maritimer Präsenz“ bedeuten. Zugleich wird mehr Kooperation angestrebt in Bereichen wie Klimawandel, Freihandel, Menschenrechte und Digitalisierung. Dies kann freilich die militärisch schwache Seemacht Deutschland allein kaum wuchten. Deshalb kündigte Maas an, zusammen mit der stärkeren Atom- und Seemacht Frankreich und anderen europäischen Staaten eine gemeinsame Indo-Pazifik-Strategie zu erarbeiten. Der bereits länger im Südchinesischen Meer im Aufmarsch gegen China operierenden Weltmacht USA

dürften diese neuen konkurrierenden Ambitionen Europas in ihrem angestammten Einflussbereich weniger gefallen. Konfliktstoff in der NATO für die kommenden Monate.

Aussichten

Die zivil-militärische Weltraumfahrt der USA hat in den vergangenen 10 bis 15 Jahren gerade bei der Entwicklung von neuen Raketen und Antrieben dank der Digitaltechnik, Robotik und neuer Werkstoffe große technologische Sprünge gemacht. Nicht mehr die staatliche NASA-Behörde ist dabei unternehmerisch federführend. Zivile Unternehmen wie SpaceX oder Northrop Drummond haben in Kooperation mit der NASA komplett die technologische Komponente übernommen. SpaceX unterhält eigene Raketenteststände und Abschussbasen in mehreren südlichen Bundesstaaten, Cape Canaveral hat Konkurrenz bekommen. SpaceX treibt auch das Vorhaben einer eigenen US-Mars-Mission bis etwa zum Jahr 2030/35 maßgeblich voran und entwickelt derzeit dazu eine Träger Rakete, die die riesige Saturn-5-Rakete des Apollo-Mondprogramms an Dimension noch übertreffen soll. Dass hier vermehrt weltraum-touristische Aspekte mit ins Spiel kommen, ist dabei eher ein nebensächlicher Finanzaspekt. Wer kann sich schon für Millionen Dollar einen Mitflug zum Mars oder für einige 100.000 Dollar eine Erdumrundung im Orbit und sich dazu eine Astronauten-Ausbildung leisten?

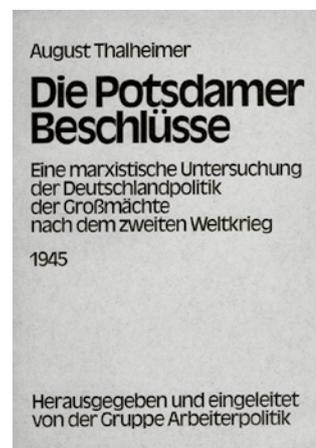
Dies muss man mit im Blick haben, wenn man sich die Veränderungen des Militärisch-Industriellen-Komplexes der USA in den Jahren seit der Obama- und Trump-Administration vergegenwärtigen will. Vor mit Orden behängten Veteranen und namentlich ausgezeichneten US-Offizieren versprach Präsident Trump in seiner „State of Union“ (Rede an die Nation) im Februar, der US-Armee „das beste Waffenmaterial der Welt“ zur Verfügung zu stellen, um den Vorsprung der USA (America first) vor allen anderen Nationen zu sichern. Die USA sind nicht nur weiter erste globale Militärmacht, sondern auch auf dem Weg, sich eine Vorherrschaft als planetare Militär- und Weltallmacht zu sichern. Nur China,

das sein autokratisches politisches Kommandosystem mit kapitalistischer Wirtschaftseffizienz zu koppeln versteht, kann hier noch vielleicht in Teilen Paroli bieten. Sollte es zu einem militärischen Zusammenstoß zwischen den USA und China in den nächsten sagen wir 10 bis 15 Jahren kommen, der zwischen den beiden bereits in einem Wirtschaftskrieg befindlichen imperialen Konkurrenz-mächten fast unvermeidlich zu sein scheint, wird er sich am ehesten am Interessenskonflikt der beiden Länder im Chinesischen Meer entzünden und am Status von Taiwan, für das die USA Garantiemacht sind. Und es könnte dabei auch zu einem begrenzten Einsatz von Atomwaffen kommen, was der schlimmste Fall wäre und niemand wünschen kann.

EK/HB, 5. Juni/5. September 2020

Anzeige

August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, 1,50 €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org



Wie der Kommunismus nach China kam (Teil 4) – Eine Rekonstruktion revolutionärer Politik in China

Vorbemerkung: Mit diesem Teil wird der chronologische Verlauf der Darstellung kommunistischer Politik in China vorerst verlassen. Die „Wendemarke“ des Jahres 1927 legt es nahe, den Charakter des „Sozialismus chinesischer Prägung“ in den Mittelpunkt der Untersuchung zu stellen. Wesentliche Merkmale werden herausgearbeitet und in ihrem Entstehungszusammenhang gezeigt.

Zum Vergleich damit wird die „klassisch“ marxistische Auffassung von der Trägerschaft einer sozialistischen Revolution vorangestellt. Und schließlich werden Fragen, die sich aus der unterschiedlichen Auffassung von Sozialismus für eine revolutionäre Veränderung Chinas ergeben, zumindest angerissen. Sie sind der Schlüssel für ein tieferes Verständnis der chinesischen Entwicklung.

Die Arbeiterklasse und die sozialistische Revolution

Die revolutionäre Entwicklung in China ab den späten 1920er Jahren, die zu einem grundlegenden Strategiewechsel der Kommunisten führte, warf (und wirft) für alle an Marx orientierten Revolutionäre grundsätzliche Fragen auf. Wichtige Kernpunkte sollen noch einmal zusammengetragen werden.

Die Industrialisierung, ausgehend von Europa mit dem Zentrum Großbritannien, die mit historisch bedingten Verzögerungen weitere europäische Länder, Nordamerika und schließlich andere Regionen und Kontinente erfasst, sprengt nicht

nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politisch-gesellschaftlichen Begrenzungen. Sie wird zu einer neuartigen Gesellschaftsformation, sie bedarf einer neuen führenden Klasse, der Bourgeoisie. Deren Mitglieder sind nicht mehr wie die früheren Herrscher privilegiert durch Abstammung und gesellschaftliche Sonderrechte wie eigene Steuerfreiheit oder feudalen Grundbesitz, der auch verbrieft Abgaben ihrer grundhörigen Pächter bedeutete. Die Bourgeoisie benötigt frei verfügbare Arbeitskraft und muss deshalb die Standesprivilegien beseitigen. Das freie Proletariat entsteht, befreit von den Bestimmungen seines früheren Grundherrn und frei von Besitz,

deshalb darauf angewiesen, seine ihm jetzt allein gehörende Arbeitskraft zu verkaufen. Ziel und Zweck der bürgerlichen Produktionsweise ist die Verwandlung der fremden Arbeitskraft, ebenso der anderen Produktionsmittel, in Waren, deren Mehrwert wieder zu Kapital wird, das erneut investiert werden muss. Kapital muss um jeden Preis verwertet werden, was – auch zu Marx' Lebzeiten schon – zu Krisen führt, deren „Bereinigung“ systembedingt Krieg, Hunger, Elend, Umweltzerstörung und andere „natürlichen“ Begleiterscheinungen des Kapitalismus bedeutet. Die ungeheure Beschleunigung des Kreislaufs der Natur, die Einbeziehung ganzer

Kontinente in die Verwertungslogik des Kapitals gefährdet in der Konsequenz das Leben auf dem Planeten.

So wie die Bourgeoisie die Gesellschaft durchdringt und ihr Herrschaftsinteresse zum Allgemeininteresse der Gesellschaft erklärt, erzeugt diese Gesellschaftsformation auch ihre eigene Negation. Das Proletariat kennt keinen Zwang zum Privatbesitz an Produktionsmitteln, sein Interesse ist das verallgemeinerbare Interesse an einem Leben, das Teilhabe an den Ergebnissen der eigenen Produktivität, an den Errungenschaften einer abseits von Profitzwängen organisierten Gesellschaft bedeutet. Die Arbeiterklasse besitzt als einzige Klasse die objektive Voraussetzung dafür,

Friedrich Engels hat diese Zusammenhänge in aller Kürze und polemisch zugespitzt im Antidürring so formuliert: „(...) Daher, daß die moderne große Industrie einerseits ein Proletariat, eine Klasse geschaffen hat, die zum erstenmal in der Geschichte die Forderung stellen kann der Abschaffung nicht dieser oder jener besondern Klassenorganisation (...), sondern der Klassen überhaupt, (...). Und daß dieselbe große Industrie andererseits in der Bourgeoisie eine Klasse geschaffen hat, die das Monopol aller Produktionswerkzeuge und Lebensmittel besitzt, aber in jeder Schwindelperiode und in jedem drauffolgenden Krach beweist, daß sie unfähig geworden, die ihrer Gewalt entwachsenen Produktivkräfte noch fernerhin zu beherrschen; (...). Mit anderen Worten: es kommt daher, daß sowohl die von der modernen kapitalistischen Produktionsweise erzeugten Produktivkräfte wie auch das von ihr geschaffne System der Güterverteilung in brennenden Widerspruch geraten sind mit jener Produktionsweise selbst, und zwar in solchem Grad, daß eine Umwälzung der Produktions- und Verteilungsweise stattfinden muss, die alle Klassenunterschiede beseitigt, falls nicht die ganze moderne Gesellschaft untergehn soll. In dieser handgreiflichen, materiellen Tatsache, die sich den Köpfen der ausgebeuteten Proletariat mit unwiderstehlicher Notwendigkeit in mehr oder weniger klarer Gestalt aufdrängt (...) begründet sich die Siegesgewißheit des modernen Sozialismus.“ (1878, 1. Buchauflage, in: MEW Band 20, S. 146f.)

die kapitalistische Gesellschaft zu überwinden und die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen. Ihre fachlichen, beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten, ihre Bildung und, da wird der subjektive Faktor wesentlich, das Bewusstsein von den eigenen Möglichkeiten und den gesellschaftlichen Aufgaben als Klasse befähigen sie dazu. **(siehe Kasten)**

Deshalb haben sich die kommunistischen Parteien stets als Organisationsform und Vertreter der Arbeiterklasse (im engeren, aber auch im weiteren Sinn) begriffen. Und die „führende Rolle der Arbeiterklasse“, so phrasenhaft und inhaltsarm sie auch von vielen Parteien in Anspruch genommen worden ist, beruht materiell auf dieser entwickelten Analyse. Eine kommunistische Partei, welche die Rolle der Arbeiterklasse relativiert oder de facto ersetzt durch eine andere, ausgebeutete Klasse, wird sich den eigenen Mitgliedern und der Bevölkerung, aber auch der internationalen kommunistischen Bewegung gegenüber erklären müssen.

Der Sozialismus in China

Vorab sei gesagt, dass kein expliziter Bruch mit der marxistischen Theorie erfolgte, weder in der Zeit der Neuausrichtung der chinesischen Revolutionsstrategie noch in der Folgezeit. Die KPCh verstand sich als Partei des Proletariats auch zu Zeiten, als

das Proletariat eine verschwindende Minderheit in der Mitgliedschaft bildete.¹

Dessen ungeachtet hat sich die KP praktisch-politisch gewandelt, ihr Aktionsfeld verlagert sich von den (wenigen Industrie-) Städten hin aufs Land. Die wenigen proletarischen Kader fliehen nicht nur in ein scheinbar ruhigeres Umfeld in den nahe gelegenen Provinzen, speziell nach Jiangxi. Sie agitieren die Landbevölkerung², was die Partei rasch für ein revolutionäres Programm öffnet, das den (halb-)feudalistischen³ Zuständen ein Ende bereiten will. Mao Zedong, das Gesicht dieser Umorientierung der chinesischen KP, vertritt nach der Vernichtungsaktion Chiang Kai-sheks 1927 den Kurswechsel immer offensiver. Als 1932 die letzten Leitungskader aus Shanghai fliehen müssen, steigt Mao in der Parteihierarchie nach oben, seine theoretische wie praktische Handlungsfreiheit wird nicht mehr (grundsätzlich) in Frage gestellt. Er gibt seinen Ansichten zur Revolution in China keine geschlossene, zusammenhängende Form, er legt sie in einer Reihe knapperer Untersuchungen, als Reden oder in Form von Berichten vor. Das bedeutet, seine Überlegungen gewinnen erst im Verlauf von Jahren eine Form, die, zusammengefasst, als Anschauung eines Sozialismus chinesischer Prägung gesehen werden können⁴.

1– So zitiert Günter Kleinknecht in den *„Theorien der chinesischen Revolution“* (in: Richard Lorenz (Hg.): *Umwälzung einer Gesellschaft*. Frankfurt/Main 1977, S. 405–492) Quellen, wonach vor April 1927 gut die Hälfte der 50 000 Parteimitglieder zur Arbeiterklasse zählte, weniger als 20% zur Bauernklasse. Nach den ernichtungsschlägen Chiangs in den Städten und dem Mitgliederrückgang auf 10 000 erholte sich die Partei bis 1930 zwar personell, aber es *„entstand in Wirklichkeit eine neue Partei“* (ebd., S. 486, Anm. 115). Im März 1930 gab das ZK der KPCh an, dass nur 2% der Mitglieder zum Industrie proletariat gehören.

2– Jiangxi war eine Provinz mit hohen Agrarerträgen und großer ländlicher Armut. Die Pachtgaben zwangen die Mehrheit der Bauern in ein unerbittliches Abhängigkeitsverhältnis von den staatlichen Steuereinnehmern und den eigenen Grundherren. Die relative Nähe zu den industriellen Zentren Shanghai und Wuhan ließen die Provinz zum ständigen Nachschubreservoir für die Massenheere der Guomindang, die der Bevölkerung Lebensmittel abpressten und junge Männer in den Soldatendienst zwangen. In der Provinz gab es eine gewisse revolutionäre Tradition, seitdem der Taiping-Aufstand im 19. Jahrhundert zeitweise die kaiserliche Macht beseitigte und eigene Herrschaftsstrukturen entwickelte.

3– Die Begriffsfindung für den dominanten Zustand einer Gesellschaft, ihre Triebkräfte und sozialen Bestimmungen ist nicht nur in der gegenwärtigen Einordnung Chinas schwierig, dies gilt auch für die Beschreibung vergangener Zustände. Der Begriff *„feudalistisch“* stellt lediglich eine Annäherung an chinesische Verhältnisse mit Hilfe eines europäisch geprägten Begriffs dar, will aber keine Identität behaupten.

4– Günter Kleinknecht (vgl. Anm. 2) entwickelt in seiner Untersuchung die einzelnen Annahmen und Theorie-Versatzstücke Maos mit detaillierten Verweisen auf die *„Ausgewählten Werke“* (Beijing 1968/69). In der Folge beziehe ich mich, wenn nicht anders angegeben, auf die *„Theorien der chinesischen Revolution“*.



Nach Mao ist die Situation in China von einem doppelten Widerspruch gekennzeichnet: einmal der Gegensatz von Großgrundbesitz und der Mehrheits-Bauernschaft, der nur gelöst werden könne, wenn die Feudalherrschaft überwunden würde. Die Aufgabe einer bürgerlich-demokratischen Revolution also. Mit dem „eigentlichen“ Subjekt dieser Revolution, der Bourgeoisie, hat Mao ein offenkundiges Problem: sie ist zu schwach und weitgehend verflochten mit den Grundbesitzern auf dem Lande.

Zum zweiten existiere in China aber auch der Gegensatz zwischen dem Imperialismus der Kolonisten im Land und dem chinesischen Volk. Dies rufe eine weitere revolutionäre Kraft auf den Plan: „China braucht dringend eine bürgerlich-demokratische Revolution, und diese Revolution kann nur unter der Führung des Proletariats vollendet werden.“⁵ Die Bourgeoisie fällt, weil sie zu schwach und impe-

rialistisch versippt ist, als Träger und Profiteur der Revolution aus. Das Proletariat, das als revolutionäres Subjekt die Bewegung übernehmen soll, wurde aber kürzlich vernichtend geschlagen und in seinen am stärksten klassenbewussten Teilen vernichtet.

Kleinknecht weist, auch wenn er diese Situation grundsätzlich anerkennt, zurecht darauf hin, dass Mao diese spezielle Konstellation der proletarischen Niederlage in seiner theoretischen Bestimmung verallgemeinert⁶ und damit das neue revolutionäre Subjekt, die Bauernschaft, zum Träger der gegenwärtigen wie der künftigen Umwälzungen ausruft. Das Wiedererstehen eines klassenbewussten Proletariats zieht er nicht mehr in Betracht.

Die schwache Bourgeoisie, die ihre historische Aufgabe nicht erfüllen kann, und die imperialistischen Mächte halten die Städte in ihrem eisernen Griff. Allein das Land, die

Provinz mit ihren 80% der Bevölkerung, mindestens 350 Millionen Menschen, überwiegend am sozialen Rand ohne Hilfen, ohne Rechte und ohne Perspektive angesiedelt, allein diese Masse der Ausgebeuteten muss die Verhältnisse in China umwälzen. Dafür Strategien zu entwickeln und sie umzusetzen, das war Maos Stärke. Er hat diese Richtungsänderung nicht erfunden, befand er sich doch in den Fußstapfen eines charismatischen jungen Bauernführers, Peng Pai, des Gründers der ersten kommunistischen Bauernvereinigung 1923. Bei starkem Gegenwind aus den Reihen der Partei und insbesondere der Komintern rief dieser nach dem erzwungenen Bruch mit der Guomindang den ersten Bauernsojket in China⁷ aus.

Peng initiierte Bauernvereinigungen, die eine Mischung aus umfassendem Sozialverband (Gesundheit, Medikamente, Grundbildung, persönlicher Schutz und rechtliche Vertretung) und revolutionärer Organisation (Aufklärung, Agitation) für ihre Mitglieder darstellten.⁸ Die Vereinigungen vertraten die Forderung nach wesentlich niedrigeren Pachtzinsen⁹ und boykottierten die Großgrundbesitzer.

5– ebd., S. 445

6– ebd., S. 446

7– Alexander Thanner: *China 1911 - 1949: Forschungsstand II*. Hamburg, 2005, S. 20

8– https://de.wikipedia.org/wiki/Peng_Pai (Stand: 07.08.2020)

9– Erst Jahre später nahm die Guomindang eine aufgeweichte Version der Forderung, eine Reduzierung des Pachtzinses um 25%, widerstrebend in ihr Parteiprogramm auf. Eine Umsetzung erfolgte nie.

Der kommunistische Versuch, ihr Rückzugsgebiet, die Provinz Jiangxi, unter Kontrolle zu bekommen, indem ein Aufstand in der Hauptstadt Nanchang initiiert wurde, scheiterte und stärkte damit indirekt den Bauernkurs der KP. Auch Peng musste vor den Truppen Chiang Kai-sheks fliehen und in die südlich gelegene Provinz Guangdong ausweichen. Dort gelangen ihm mit Hilfe der bäuerlichen Bevölkerung und der vertriebenen roten Truppen erfolgreiche Aufstände, die in den ersten Sowjet, die Heilufeng-Sowjet-Arbeiter-Bauern-Regierung, mündeten. Ein kurzzeitiger spektakulärer Erfolg, der die Nationalisten alarmierte. Nach vier Monaten machte Chiang Kai-shek im nächsten Vernichtungsfeldzug der revolutionären Regierung ein blutiges Ende.

Peng flieht zurück nach Shanghai in das Umfeld der Parteispitze, wird von einem Mitarbeiter verraten und, genauso wie drei weitere KP-Funktionäre, von den Nationalisten hingerichtet.

Mao, der in Jiangxi verblieben war, tritt wie selbstverständlich die Nachfolge des Bauernführers an und versucht seine Stützpunkte in dieser Provinz weiter auszubauen, die Truppen zu verstärken und die revolutionären Losungen weiter zu popularisieren.

Der Wechsel des revolutionären Subjekts

Die sozialistische Revolution soll, wie Mao postuliert, von den landlosen bzw. den landarmen Pächtern und der Landarbeiterschaft ausgehen. Dies hat den nachvollziehbaren Grund, dass deren soziale Situation, die seit jeher einen Kampf um das Existenzminimum bedeutete, sich im beginnenden 20. Jahrhundert nochmals verschärft hatte. Die Bevölkerungszahlen waren deutlich gestiegen, nach Schätzungen zwischen 1850 und 1900 von 400 auf 425 Millionen Menschen (+ 6%), zwischen 1900 und 1950 dagegen von 425 auf 550 Millionen (+ 30%). Eine nennenswerte Industrialisierung, die den Bevölkerungsdruck auf die Agrarprovinzen reduzieren könnte, gab es zu dieser Zeit nicht. Die Gründe dafür wurden bereits thematisiert. Da auch keine Neulandgewinnung betrieben wur-

de, mussten mehr Menschen von gleichem Boden ernährt werden. Die Bodenzins- und Steuerabgaben bedrückten die bäuerliche Bevölkerung auf das Schwerste.

Jede nationalistische Regierung scheitert von Anbeginn bis zu ihrer Vertreibung 1949 zwangsläufig an der Abgaben- und Bodenfrage, stützt sich die Guomindang doch auf die Schicht der Landbesitzer. Von der Landbevölkerung werden staatliche Einnahmen abgeschöpft, dort werden die Massenheere dieser Zeit ausgestattet, ernährt und personell aufgerüstet.

Auf der anderen Seite steht eine Bauernschaft, die, mit Ausnahmen, nur diese Lebensform kennt.¹⁰ Sie zu organisieren, ist eine Notwendigkeit, dafür muss sie aber zuerst gewonnen werden. Der bäuerlichen Bevölkerung dabei zu helfen, Forderungen an ihre Bedrücker zu entwickeln, ist nur der erste Schritt zu einem Bewusstsein der eigenen Lage. Es setzt Wissen und Zusammenhalt voraus, damit die Bevölkerung sich selbst zu helfen lernt. Kurz, die kommunistischen Agitatoren müssen – nach unseren Begriffen – in hohem Maß Sozialarbeit leisten, mehr noch, sie müssen mit der Landbevölkerung unter deren Bedingungen leben, ihr das Mittel der Eigenorganisation als Vorstufe zur Befreiung an die Hand geben.

Und schließlich, um den sozialistischen Anspruch zu thematisieren, muss die Bauernschaft eine Zielvorstellung für ihre Zukunft entwickeln. Mao sieht die Revolution in China als Agrarrevolution. „Der Übergang des Bodens und der politischen Gewalt in die Hände der Bauern“¹¹, ist für ihn der Schlüssel zum Sieg.

Danach würden die Dörfer die Städte einkreisen und aufrollen, die einheimische Bourgeoisie beseitigen und zuletzt den Hauptfeind der chinesischen Einheit, den Imperialis-

mus und seine fremden Invasoren, aus dem Land treiben. Nur auf diese Weise könne die chinesische Nation wiedererstehen.

Dagegen stand der Ansatz der Komintern, über die Wechselbeziehung unterschiedlicher revolutionärer Aktionen in den Städten wie auf dem Land die Einheit von Arbeitern und Bauern zu erreichen und damit beide Kämpfe, den nationalen und den antifeudalistischen, gemeinsam zum Erfolg zu führen. Mao ging ohne Zögern über diese Vorstellungen hinweg und die Realität der beginnenden 1930er Jahre schien ihm auf der ganzen Linie Recht zu geben. Trotzdem muss(te) die Frage diskutiert und geklärt werden, welche gesellschaftliche Form des Zusammenlebens unter diesen Bedingungen, unter den praktischen Gegebenheiten ebenso wie unter theoretischen Prämissen möglich wird. Was kann Inhalt eines chinesischen Sozialismus oder einer Vorstufe davon sein?

Für Mao ist diese Zukunftsfrage nicht entscheidend. Der Sturz der Qing-Dynastie und die Regierungsübernahme durch Sun Yat-sen und seine nationale Partei mit einem „verhältnismäßig klar“¹³ definierten revolutionären Programm gelten ihm als die (kurze) Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolution in China. Allerdings sei eine Weiterführung bürgerlicher Revolutionsziele nach der Oktoberrevolution 1917 obsolet geworden: „die Kämpfe in China wurden Bestandteil der proletarisch-sozialistischen Weltrevolution“.¹⁴ Und damit „änderten sich, (...) zwangsläufig das Resultat und die historische Bedeutung der Revolution“.¹⁵ Die bürgerliche Demokratie, so sie denn tatsächlich im Land existiert, werde nicht von den Bourgeois dominiert, sondern von Arbeitern und Bauern. Und damit werde die Demokratie zur Durchgangsstation

10– Wikipedia (Anm. 9) fasst Peng Pais Anfänge der Landaagitation so zusammen:

„Die Bewohner waren schockiert, als er ihnen erklärte, dass er genau das Gegenteil davon wollte: Er war der Überzeugung, dass nicht sie den Großgrundbesitzern etwas schuldeten, sondern vielmehr die Großgrundbesitzer ihnen aufgrund der jahrelangen rücksichtslosen Ausbeutung. Sowas hatten sie zuvor noch nie gehört. („Niemanden etwas schuldig zu sein ist schon gut genug, wie kann es dann sein, dass jemand MIR was schuldet?“)

11– Kleinknecht, S. 447

12– ebd., S. 448

13– ebd., S. 466

14– ebd.

15– ebd.

hin zum Sozialismus, sie werde zur „Neuen Demokratie“.¹⁶

Diese neuartige Formation ist offen für vieles. Sie ermöglicht Mao im Rahmen einer „revolutionären Arbeitsteilung“ der Umwälzung in China ihren Platz innerhalb der proletarisch-sozialistischen Weltrevolution zuzuweisen. Die Revolution in China trage zur Durchsetzung des Sozialismus im Weltmaßstab bei, also sei sie – ungeachtet ihrer konkreten Möglichkeiten, Inhalte und Ziele – sozialistisch.

Folgerungen aus diesem Sozialismuskonzept und Fazit

Auf diese Weise werden die tatsächlichen Probleme, die sich aus dieser „sozialistischen“ Revolution unter unreifen Bedingungen ergeben müssen, hinwegdefiniert. Der aktuelle Kampf um die Befreiung des Landes und eine Umwälzung der schwach ausgeprägten kapitalistischen Ordnung erzeugte seine eigenen Notwendigkeiten, dazu gehörte die Auseinandersetzung um einen möglichen oder unmöglichen Sozialismus in China wohl nicht. Gleichwohl müsste es im Interesse einer revolutionären Partei liegen, den gesellschaftlichen Zustand eines Landes realistisch und ohne Beschönigungen anzuerkennen. Nur mit einer ungeschminkten Bestandsaufnahme werden die Möglichkeiten und Grenzen, auf die Umgestaltung der Gesellschaft selbst einzuwirken, bestimmbar, nur so gewinnt die Revolution erreichbare Ziele.

Der situationsbedingte, aber dann nicht mehr in Frage gestellte Wechsel des revolutionären Subjekts zur Bauernklasse lässt die darin angelegten Probleme nicht verschwinden. Im Gegenteil, nach Gründung der Volksrepublik 1949 werden sie offenkundig. Den bäuerlichen Massen fehlen moderne Kenntnisse auf allen Gebieten. Daran tragen sie selbstverständlich keine Schuld, die Mängel sind begründet in den systemischen Defiziten und, zuletzt, im Versagen eines notdürftig bürgerlich



verbrämten Herrschaftsanspruchs der Nationalisten.

Die Bauern mögen sich als Gewinner fühlen, sie sind höchst motiviert, eine neue Gesellschaft zu formen – trotzdem können sie sie nicht erschaffen. Befangen sind sie in ihrer begrenzten Welt, angewiesen darauf, dass Andere für sie die Entscheidungen treffen. Die Umverteilung des Bodens löst nämlich, anders als es viele Neueigentümer sehen, die Probleme der Unterentwicklung nicht.

Nur die Industrialisierung kann das geeinte Land modernisieren, das bedeutet aber, die ursprüngliche Akkumulation wird zu Lasten der bäuerlichen Bevölkerung stattfinden. So muss die Klasse, die nach Mao in China den Sozialismus errungen hat, diejenige Klasse, die dies eigentlich bewirken sollte, die Arbeiterklasse, erst erzeugen. Dieser beständige, auf Generationen unlösbare Gegensatz zwischen Arbeiter- und Bauernklasse, zwischen Stadt und Land prägt die chinesische Gesellschaft dauerhaft und ist bis zur Gegenwart nicht gelöst. Eine gleichmäßige Entwicklung beider Sphären gibt es zu keiner Zeit. Scharfe soziale Trennungen spalten Industrie und Landwirtschaft, Verbesserungen zugunsten einer Seite werden mit

Belastungen der jeweils anderen erkaufte.

Die sozialen Rechte, die zugesicherten Mindestversorgungen gelten für die Betriebsarbeiter und deren Angehörige in den Städten, die bäuerliche Bevölkerung ist davon ausgeschlossen. Ihre lückenhafte und qualitativ mindere Absicherung wird von den Volkskommunen übernommen, Not und Hunger treten regional und von Zeit zu Zeit auf. Der Wechsel der Klassenzugehörigkeit, der fast immer auch den Wechsel des Wohnortes bedeutet, ist streng reglementiert und dauert häufig eine Generation lang.

Trotzdem bezieht sich die KPCh beständig auf die Bauernschaft, sie will lange Zeit auf ihren Bezugspunkt nicht verzichten. Ihre Kampagnenfähigkeit beruht in den 1950er und 1960er Jahren auf ihrer Verknüpfung mit den ländlichen Strukturen.

Die chinesische Revolution, die in die Ausrufung der Volksrepublik mündet, und damit die Einheit des Landes (bzw. den legitimen Anspruch darauf) verkörpert, ist eines der Schlüsselereignisse des 20. Jahrhunderts. Sie steht, wenn man die weltgeschichtlichen Konsequenzen der Befreiung vom Kolonialismus und des Anspruchs der Mehrheit der Weltbevölkerung auf Selbstbestimmung mit einbezieht, auf einer Stufe mit der Oktoberrevolution 1917. Ihre Vorbildfunktion für Befreiungsbewegungen und Revolutionen kann gar nicht überbewertet werden. Dass die chinesische Revolution keine sozialistische sein konnte, wenn man die Perspektive eines industrialisierten und durch und durch vom Kapitalismus geprägten Systems anlegt, ist nicht zu leugnen. Dies tat ihrer Wirkung nach innen und außen aber kaum Abbruch. Doch jeder Schritt, sozialistische Inhalte in der Gesamtgesellschaft zu implementieren, führte zu Erschütterungen, die von außen häufig als grobe Verzerrungen und Belastungen des Systems und der Bevölkerung wahrgenommen wurden. Die Schwächen des sozialistischen Konzepts in der Vergangenheit mussten und müssen weiter zu großen Verwerfungen führen, welche auf die Entwicklung der Volksrepublik Einfluss haben.

16 – ebd. Kleinknecht nimmt auf die Schrift „Über die Neue Demokratie“ vom Januar 1940 Bezug (Fußnote 152).



Homeoffice

Weichen werden gestellt, alte Probleme bleiben virulent

Es ist schon wieder was passiert.“ Homeoffice (Arbeiten von zuhause aus) ist (noch) kein Krimi, auch wenn zahlreiche Arbeitgeber Homeoffice, das nur eine nachrangige Art des Virenschutzes darstellt, ungesetzlich angeordnet haben.

In der „Coronakrise“ geht manches schnell, manchmal zu schnell, auch weil unausgegoren. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BAMM), geleitet von Hubertus Heil (SPD), hat Mitte August 2020 die „SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel“ erlassen, die den „SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard“ aus dem April 2020 ablöst. In den neuen Regeln wird Homeoffice zu einer Form der mobilen Arbeit erklärt, wodurch für Homeoffice einige (gesetzliche) Regularien, insbesondere der Arbeitsstättenverordnung, nicht mehr greifen. Es steht zu befürchten, dass der für Ende des Jahres angekündigte Gesetzesentwurf des BMAS zu Homeoffice, bestehende Arbeits- und Sozialrechte für diese Form der Arbeit weiter aushöhlen.

Die Forderung des DGB nach einem „Recht auf Homeoffice“ wird sich wohl im Entwurf wiederfinden, aber viel spricht dafür, das wichtige Regelungen unterbleiben werden, u.a. weil sie vielen Arbeitgebern, die sich gerade mit Homeoffice angefreundet haben, zu teuer sind, und damit die Rückkehr zur „Normalität“ bzw. die neue Normalität behindern könnten.

Sehr wahrscheinlich wird die Frage des im Homeoffice zu erbringende Arbeitsergebnisses nicht angesprochen oder gar geregelt werden. Das wird (höchstens) an die betrieblich „übliche“ Höhe und Form angekoppelt. Die geforderte Mehrwertrate wird wohl weiterhin den Anforderungen der Einzelkapitale bzw. der „freien“ Konkurrenz überlassen. Auf

bestehende Arbeitszeitregelung und Arbeitszeiterfassungsregelungen kann verwiesen werden, denn deren Einhaltung im Homeoffice kann kaum kontrolliert werden. Was stört sind tarifliche und gesetzliche Begrenzungen der Arbeitszeit und z.B. die Festlegungen zu Ruhezeiten. Die grundgesetzlich geschützte Unverletzlichkeit der Wohnung wird nicht angegriffen werden (müssen). Die notwendige Freiwilligkeit den Zutritt in die Privatwohnung zu gewähren wird garantiert, der Zutritt kann zu Not, anders hergestellt werden (damit wären auch verfassungsrechtliche Streitigkeiten vermieden, und das Kapital als Machtverhältnis wird hier auch materiell sichtbar). Wie der Datenschutz unter den Bedingungen von Homeoffice gewährleistet werden soll, ist ebenso unklar, wie die Gewährleistung anderer Rechte, z.B. Gewerkschaftswerbung, Streik, Betriebsversammlungen unter Homeoffice Bedingungen.

Es gibt viel zu diskutieren und zu tun, und die „Ergebnisfrage“ ist (wieder einmal) nicht zu vergessen! Aber nicht übersehen werden darf, dass einer kritischen Auseinandersetzung um Homeoffice eine große, heterogene Koalition gegenüber steht. So verweist bspw. die Süddeutsche Zeitung vom 6.8.2020 (in einem Artikel der Serie: „Arbeiten nach Corona – wie die Krise unseren Job verändert“) auf das Ergebnis einer Studie des Ifo-Instituts, wonach mittlerweile 54% der Firmen künftig mehr Homeoffice zulassen wollen, und nach einer anderen Studie können sich fast die Hälfte der Arbeitnehmer*innen vorstellen teilweise von zu Hause aus zu arbeiten (27% könnten sich sogar vorstellen dauerhaft zuhause zu arbeiten). Letztere Prozentzahlen werden sicherlich sinken, wenn US-Konzerne ihre Ankündigung wahr machen, solchen Beschäftigten, weil mit geringeren Aufwendungen für das Erreichen des betriebseigenen Arbeitsplatzes belastet, das Entgelt

zu kürzen! Natürlich will Kapital nicht nur eigene Mietkosten sparen! „Rendite first!“

Schon jetzt zeigt sich, auch zum Leidwesen vieler Medien, gerade auch in vielen Untersuchungen, dass eine Mehrheit der abhängig Beschäftigte kein dauerhaftes Homeoffice will. Viele können gar nicht, aus unterschiedlichen Gründen, zuhause arbeiten, viele befürchten zu recht u.a. soziale Isolation.

Es gibt also Ansatzpunkte und Bündnispartner*innen für eine Gestaltung, wie auch eine Verhinderung von Homeoffice. Die Heimarbeitsregelungen zeigen, wie es nicht „gestaltet“ werden sollte. Dass das Konzept „Werkstattaussiedlung“ von Eugen Rosenstock, vor knapp 100 Jahren veröffentlicht, das heute vor dem Hintergrund neuer technischer Mittel neue Aktualität gewinnen kann, nicht umgesetzt wurde, zeigt auch, dass Verhinderungen möglich sind.

Anzeige

August Thalheimer:

Wie schafft die Arbeiterklasse

die Einheitsfront gegen den

Faschismus?



Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Kann man das Arbeitszeitgesetz „verteidigen“?



Dieser Tage hat die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken im Deutschen Bundestag dazu aufgerufen, das „Arbeitszeitgesetz zu verteidigen“. Im ersten Moment erscheint dies konsequent und richtig. Wird doch durch die Corona-Notstandsregelungen erstmals der 12-Stunden-Arbeitstag möglich. Doch diese Sicht greift viel zu kurz.

Das Arbeitszeitgesetz regelt nicht die tatsächliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer. Das tun Tarifverträge und Einzelarbeitsverträge. Deshalb ist auch die 40-Stunden-Woche, von der immer noch einige glauben, sie sei „Standard“ in Deutschland, nicht gesetzlich geregelt. Im Gegenteil: Die SPD hatte 1994 noch versucht, eine gesetzliche 40-Stunden-Woche ins Gesetz zu bringen. Dieses war notwendig geworden, da das Bundesverfassungsgericht eine Neuregelung zur Nachtarbeit verlangte. Doch Helmut Kohl war Bundeskanzler und er hob „sein“ Arbeitszeitgesetz aus der Taufe. Und das hatte es in sich!

Das Gesetz veränderte die Rahmenbedingungen für die Arbeitszeitregelungen in Tarifverträgen

und Arbeitsverträgen grundlegend: Es schuf den Einstieg in die großräumige Verlängerung der Arbeitszeit und in die Arbeitszeitflexibilisierung. Damit wurde erstmals (bei entsprechendem Zeitausgleich) eine befristete 60-Stunden-Woche ermöglicht. Zugleich schuf das Gesetz vielfältige Möglichkeiten der Flexibilisierung der Arbeitszeit, heute verkauft unter dem Begriff der vermeintlichen „Arbeitszeitsouveränität“. Zugleich wurde der bis

dahin obligatorische Zuschlag für Mehrarbeit über 10 Stunden täglich einfach abgeschafft. Die effektive Kontrolle der Arbeitszeit wurde massiv erschwert, wie das Überstunden-Urteil des Europäischen Gerichtshofs deutlich gemacht hat.

Wohlgemerkt: All dies waren Änderungen, die weit hinter das vorherige Arbeitszeitrecht zurückfielen. Jens kannte weit mehr staatliche Kontrollen der Einhaltung des Arbeitszeitrahmens. Vor diesem Hintergrund ist der Aufruf zur Verteidigung des Arbeitszeitgesetzes mindestens etwas kühn, denn es ist gerade dieses Gesetz, das die vermeintlich starren Regeln des 8-Stunden-Arbeitstages aufgelöst und das Interesse der Arbeitnehmer an einem berechenbaren Arbeitstag vernachlässigt hat. Zahlreiche arbeitsmedizinische Untersuchungen von Berufsgenossenschaften haben ergeben, daß es eine „Arbeitszeitsouveränität“ nicht gibt und daß die Abweichung von berechenbaren Arbeitszeitstandards gesundheitsschädlich ist. Aus Sicht der Gewerkschaften sind deshalb sicher erreichte Arbeitszeitstandards etwa in Tarifverträgen vertei-

digenswert, nicht aber ein Gesetz, das erst die Tore aufgestoßen hat zu einem Arbeitszeitregime in dem es nur noch um die Verteilung der „Masse“ an Arbeitszeit geht, nicht aber um den Schutz der Arbeitnehmer vor überlangen Arbeitszeiten. Insofern sind gerade die neuen „Notstandsregeln“ anlässlich von Corona kein Grund dieses Gesetz zu verteidigen!

Dr. Rolf Geffken
Hamburg

Anzeige

Umgang mit dem Arbeitsrecht

Das Buch „Über den Umgang mit dem Arbeitsrecht“ des Autors Dr. Rolf Geffken erschien im Jahre 1979. Es enthielt eine kritische Darstellung und Analyse des Arbeitsrechts aus Sicht der Arbeitnehmer und fand schon damals großen Anklang unter Betroffenen. Nunmehr hat der Autor eine völlig veränderte Neuauflage erstellt, die die seit dem erfolgten Änderungen des Arbeitsrechts verarbeitet, zugleich aber auch den Zustand des Arbeitsrechts vor 40 Jahren beschreibt. Der zweiten Auflage folgte nach kurzer Zeit Mitte 2019 die dritte Auflage.



Dritter Auflage
29,80 Euro
Bestellungen:
ratundtat@drgeffken.de
unter info@verlagvar.de.

Rezension

Imperiale Lebensweise

Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus

Auch das Buch von Ulrich Brand und Markus Wissen ist so eine Art Bestseller geworden. Es hat schon die siebte Auflage erreicht und wird in der Degrowth Szene und darüber hinaus fleißig zitiert. Brand/Wissen gehören zum linken und kapitalismuskritischen Teil von Degrowth.

Der erste Eindruck beim Lesen ist positiv. Man findet viel dem man zustimmen kann und zuerst einmal wenig, dem man definitiv widersprechen muss. Es entsteht der Eindruck, hier wird endlich die ökologische Frage in engen Zusammenhang mit den kapitalistischen Verhältnissen untersucht und dargestellt. Dieser erste Eindruck trübt sich aber bei genaueren Hinsehen. Bei einigen Punkten drängt sich der Eindruck auf, diese kommen eindeutig zu kurz, sie müssten ausführlicher dargestellt werden, dann erkennt man die Lücken in der Argumentation genauer, Lücken bei entscheidenden Fragen. Die Zweifel, ob die Autoren das selbstgesteckte Ziel einlösen können, werden größer.

Aber der Reihe nach, zunächst eine kurze Darstellung des Inhalts. Nach einem einleitenden Kapitel diagnostizieren die Autoren im 2. Kapitel das Vorhandensein einer multiplen Krise. Dabei verweisen sie auf die Klimakrise, die Finanzkrise, Biodiversitätsverluste, die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, die Krise der politischen Repräsentation (zunehmende Erfolge von rechtspopulistischen Parteien), die Flüchtlingskrise etc. Des weiteren diagnostizieren sie eine paradoxe Situation. Es gibt ein breites Krisenbewusstsein in der Gesellschaft, in Wissenschaft, Medien und Politik. Etliche Vorschläge für notwendige Veränderungen wurden ausgearbeitet und sogar schon von den höchsten Institutionen wie UN beschlossen. Aber obwohl inzwischen keineswegs eine Entspannung eingetreten ist, sondern sich die Krisen in der Realität weiter zuspitzen, gestaltet sich die Umsetzung einer

„sozial-ökologischen Transformation“ schwierig. Wenn überhaupt kommt sie nur zäh voran und wird durch verschiedensten Interessen gebremst. Darüber hinaus stellen die Autoren die Etablierung einer „neuen kritische Orthodoxie“ fest, die die Transformationsdebatte dominiert, aber auch einengt. „Die neue kritische Orthodoxie ist ohne Zweifel ein kritischer Diskurs. Er versucht auf der Höhe der Zeit die Bedingungen für einen Übergang in ein postfossiles Zeitalter zu formulieren. Was ihm jedoch meist fehlt, ist der Blick auf die Verankerung der kritisierten Phänomene in den gesellschaftlichen Strukturen und Kräfteverhältnissen ...“ (S 37). Kurz, die Autoren befürchten eine Debatte, die sich vor allem an technischen und technokratischen Vorstellungen orientiert.

Dem wollen sie mit ihrem Buch entgegenzutreten. Mit der Einführung des neuen Begriffs der „imperialen Lebensweise“ wollen sie den Schlüssel für das Verständnis der gegenwärtigen Verhältnisse liefern. Um diesen Begriff geht es im 3. Kapitel. Die Autoren schreiben: „Der von uns vorgeschlagene Begriff der ‚imperialen Lebensweise‘ verweist auf die Produktions-, Distributions- und Konsumnormen, die tief in politischen, ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen und -praxen der Bevölkerung im globalen Norden und zunehmend auch in den Schwellenländern des globalen Südens eingelassen sind. Gemeint sind nicht nur die materiellen Praxen, sondern insbesondere die sie ermöglichenden strukturellen Bedingungen und damit verbundenen gesellschaftlichen Leitbilder und Diskurse. Zugespielt formuliert: Die Standards des ‚guten‘ und ‚richtigen‘ Lebens, das ja vielfach aus der imperialen Lebensweise besteht, werden im Alltag geprägt, auch wenn sie dabei Teil umfassender gesellschaftlicher Verhältnisse und insbesondere materieller und sozialer Infrastrukturen sind.“ (S 44/45) und weiter: „Die imperiale Lebensweise ist ein wesentliches Moment in der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften.

Sie stellt sich über Diskurse und Weltauffassungen her, wird in Praxen und Institutionen verfestigt, ist Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen in der Zivilgesellschaft und im Staat. Sie basiert auf Ungleichheit, Macht und Herrschaft, mitunter auch auf Gewalt und bringt diese gleichzeitig hervor. Sie ist den Subjekten nicht äußerlich. Vielmehr bringt sie die Subjekte in ihren Alltagsverstand hervor, normiert sie und macht sie gleichzeitig handlungsfähig: als Frauen und Männer, als nutzenmaximierende und sich selbst anderen überlegen fühlende Individuen, als nach bestimmten Formen des guten Lebens strebende“. (S 45)

Obwohl das Vorhandensein von Herrschaft und Gewalt festgestellt wird, betonen die Autoren charakteristisch für die imperiale Lebensweise sei ihre Akzeptanz durch weitere Kreise, auch subalterne Klassen, ein von den Autoren häufig verwendeter Begriff, im globalen Norden. Sie verweisen dabei auf den Begriff von Hegemonie nach Gramsci. Hegemonie als Herrschaft, aber mit der zumindest teilweisen Zustimmung der Betroffenen. Dies bedeute aber keinen konfliktfreien Raum, die exakten Bedingungen wären immer auch durch Kämpfe austariert, es besteht bei der imperialen Lebensweise, wie immer im Kapitalismus, eine Veränderungsdynamik und keineswegs ein statisches Beharren.

Und dann gibt es noch einen ganz wesentlichen Aspekt der imperialen Lebensweise, der mehrmals im Buch angesprochen wird: „Der Kerngedanke des Begriffs ist, dass das alltägliche Leben in den kapitalistischen Zentren wesentlich über die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse andernorts ermöglicht wird: über den im Prinzip unbegrenzten Zugriff auf die Arbeitsvermögen, die natürlichen Ressourcen ... im globalen Maßstab. Entscheidend für das Leben in den kapitalistischen Zentren ist die Art und Weise, wie Gesellschaften andernorts – insbesondere im globalen Süden – organisiert sind und ihr Verhalten zur Natur

gestalten, da dies grundlegend dafür ist, ob der für die Ökonomien des globalen Nordens nötige Transfer von Arbeit und Natur aus dem globalen Süden gewährleistet ist“ (S 43/44)

Für die Autoren ist die imperiale Lebensweise mit der Ausbeutung von Mensch und Natur verbundenen. Die Ausbeutung erfolgt aber, nach Einschätzung der Autoren, nicht mehr oder weniger gleichmäßig in allen Regionen, betroffen ist vor allem der globale Süden, der Nutznießer ist der breite Norden, einschließlich der breiten Bevölkerung und der subalternen Klassen dort. Es wird mehrmals festgestellt, diese Ausbeutung hat sowohl einen ökonomischen Anteil (Übertragung von Arbeit) als auch einen ökologischen, die überproportionale Nutzung von Rohstoffen und anderen Naturressourcen.

Im 4. Kapitel wird die historische Entstehung der imperialen Lebensweise skizziert. Dabei stellen Brand/Wissen fest, dass diese bereits im Frühkapitalismus (ab dem 16. Jahrhundert) ihren Anfang genommen hat. Sie verweisen auf die spanischen Konquistadoren ebenso wie auf den Sklavenhandel und die auf Sklavenshaltung basierende Plantagenwirtschaft. Allerdings waren die Profiteure der imperialen Lebensweise damals auf einen sehr kleinen Kreis der oberen Klassen beschränkt. Daran hätte sich auch in der Phase des liberalen Kapitalismus im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts nicht viel geändert. Eine Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise in den Zentren des globalen Nordens sei erst in der Phase des Fordismus (in den USA ab den 1930er Jahren, in Westeuropa nach dem 2. Weltkrieg) eingetreten. Durch die damals erreichte erhebliche Steigerung des materiell Lebensstandard für große Teile der Bevölkerung konnte sich zusammen mit anderen Einflüssen, wie z.B. Antikommunismus, die hegemoniale Stellung der imperialen Lebensweise etablieren.

Kapitel 5, die globale Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise: Für die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts, mit dem Ende des Fordismus, glauben Brand/Wissen eine Krise der imperialen Lebensweise feststellen zu können und ein Fenster für Veränderungen, das aber nicht genutzt werden konnte. Danach sei, angetrieben

durch den Neoliberalismus, in den Zentren eine weitere Vertiefung der imperialen Lebensweise festzustellen und eine Verallgemeinerung in globaler Hinsicht, durch die Einbeziehung von Mittelschichten aus den sogenannten Schwellenländern. Ein besonderes Beispiel dafür wäre die Entwicklung in China. China hätte inzwischen eine semi-imperiale Lebensweise erreicht.

Das 6. Kapitel enthält eine Analyse der „imperiale Automobilität“, wie es die Autoren nennen, insbesondere der zurzeit modischen SUVs. Die Autoren sehen darin ein besonders typisches Beispiel.

Im 7. Kapitel „Falsche Alternativen, von grüner Ökonomie zum grünen Kapitalismus“ konkretisieren Brand/Wissen ihre Kritik an einer grünen Ökonomie bzw. das, was unter diesem Begriff meistens verstanden wird. Grüne Ökonomie wäre grüner Kapitalismus. Die Autoren verweisen auf die Widersprüche und Unzulänglichkeiten, die mit grünem Kapitalismus verbunden bleiben und stellen fest, dass ein solcher vielleicht eine Modernisierung der imperialen Lebensweise bewirkt, aber nicht deren Beendigung.

Im 8. Kapitel „Konturen einer solidarischen Lebensweise“ gibt es zuerst eine nüchterne Bestandsaufnahme. Die Politik (in Deutschland, aber aber nicht nur dort) werde dominiert von Kräften, die auf den Erhalt des Status quo ausgerichtet sind und damit auch auf den Erhalt der imperialen Lebensweise. Oft droht, als politische Reaktion auf die diversen Krisenerscheinungen, ein weiteres Rückwärts, bzw. ist ein solches (siehe Trump) schon eingetreten. Die emanzipatorischen Kräfte, die aus der Sicht der Autoren, die Lösung der eigentlichen Krisenursachen im Auge haben, sind meistens schwach. Die Autoren betonen die Notwendigkeit von kritischen Analysen und strategischen Überlegungen und weisen auf das „weitverbreitete Unbehagen“ und die „vielfältigen aktuellen Erfahrungen“ von kleineren und größeren Bewegungen hin (z.B. Widerstand gegen TTIP und CETA, gegen Rassismus und Sexismus, Initiativen aus der Degrowth Szene). Betont wird auch die Notwendigkeit, die Demokratie gegenüber autoritären Einschränkungen zu verteidigen. Die meisten Ausführungen

zu einer solidarischen Lebensweise und wie eine solche erreicht werden könnte bleiben allgemein: z.B. „(...) Denn die Schaffung einer solidarischen Lebensweise ist eine vielfach konkrete Menschheitsfrage.

In einem umfassenden Sinn bedeutet das sich nicht den falschen, da auf kapitalistischer und hierarchisierender Externalisierung beruhenden Wohlstandsversprechen zu ergeben, sondern Formen des gerechten, solidarischen und nachhaltigen Wohlstands zu schaffen und zu leben. Es bestehen also viele alternative Vorschläge und Forderungen, Praxen und konkrete wie umfassende Strategien – Letztere im Sinne von Weichenstellungen, des Einschlagens von nie schon ganz genau bekannten Wegen, aber eben auch des Ausschlusses anderer Wege. Ab wann und wie solche Veränderungen ‚systemische Wirkungen‘ entfalten, wissen wir jeweils erst im Nachhinein.

Ein hegemoniefähiges Projekt für eine solidarische Lebensweise muss vieles und die vielen verbinden, muss erfahrbar und attraktiv sein. Es werden tendenziell Mitte-unten-Bündnisse sein, die ein solches Projekt tragen. ...“ (S 182/183)

Kritik:

Das Buch ist in die linken Diskussionen eingebunden. Es wird, zustimmend, Marx zitiert und auf andere linke Autoren verwiesen. Man ist geneigt dem Autoren zuzustimmen, insbesondere bei der Notwendigkeit eines grundlegenden Wandels und in der Kritik am grünen Kapitalismus und den illusionären Hoffnungen, die zum Teil darauf gesetzt werden.

Interessant ist die Art und Weise wie die Autoren die Analyse der Konsumnormen, des Alltagslebens, also der gesamten Lebensweise mit der kapitalistischen Produktionsweise verbinden. Beide sind nicht zufällig zueinander. Aus diesem Zusammenhang leiten die Autoren auch die Herausbildung einer spezifischen Subjektivität ab. Denn diese ist selbstverständlich nicht unveränderlich vorgegeben, sondern bildet sich im Zusammenhang mit der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung. Hier können Brand/Wissen neue Einsichten beitragen.

Problematisch wird diese Sicht aber dann, wenn nach der einmal erfolgten Analyse der Zusammenhänge, die Produktionsverhältnisse

und ihre Implikationen aus der weiteren Argumentation verschwinden und der Konsum einseitig in den Vordergrund gestellt wird. Es gibt zwar relativierende Aussagen wie „... soll nicht mit dem Zeigefinger auf Menschen gezeigt werden, die ein Auto haben und fahren, mit großer Selbstverständlichkeit und trotz Alternativen im Kurzstreckenbereich das Flugzeug nutzen oder industriell produziertes Fleisch essen.“ (S 65) oder „Insofern liegt der zentrale Ansatzpunkt von Veränderungen auch nicht darin, ‚selbst Verantwortung zu übernehmen‘ und eine persönliche Entscheidung ‚zwischen moralischen und unmoralischen Verhalten‘ zu treffen, sondern primär auf die gesellschaftlichen Strukturen und Ungleichheitsmuster zu verweisen, welche die imperiale Lebensweise reproduzieren.“ (S 65) Es ist trotzdem typisch für dieses Buch, dass fast alle konkreten Beispiele aus der Welt des Konsums stammen. Es ist die Rede von Flugreisen, Fleischverzehr, regionalen Einkauf, Automobilen speziell SUVs, billige Textilien usw., und dann doch der Eindruck erweckt wird, das Konsumverhalten wäre eine wesentliche Stellschraube. Dazu ein charakteristisches Zitat: „Zudem prägt sich der strukturelle Zwang zur imperialen Lebensweise je nach nationalstaatlicher und Klassenzugehörigkeit, Geschlechteridentität und race unterschiedlich aus. Während sich die einen punktuell auch entziehen können, indem sie etwa regionale und saisonale Lebensmittel kaufen, verfügen andere nur über eine geringe Handlungsfähigkeit, insbesondere, wenn es um die Gestaltung ihres Erwerbsalltags, des Konsums oder der gesellschaftlichen Verhältnisse geht. Wer über ein niedriges Einkommen oder Vermögen verfügt oder von der Arbeitslosenversicherung oder Sozialtransfers lebt, kann am gesellschaftlichen Wohlstand nur in dem Maße partizipieren, wie er oder sie – etwa beim Kauf eines T-Shirts oder von preiswerten Lebensmitteln – von den schlechten Arbeitsbedingungen und der Ausbeutung von Natur andernorts profitiert.“ (S 55) Obwohl auf die Klassenzugehörigkeit verwiesen wird, ist sie aus der Argumentation selbst verschwunden. Man fragt sich, wo denn die höheren Einkommen herkommen, die angeblich ein punktuell Entziehen erlauben und wer profitiert von der Ausbeutung, die Käufer_in

von Waren oder die Kapitalist_in bzw. unpersönlicher das Kapital, unter dessen Regie die Produktion erfolgt, auf welcher Stufe der Lieferkette auch immer.

Dieses Zitat macht eine der großen Lücken im Argumentationsgang deutlich. Die Unklarheiten wenn von Ausbeutung gesprochen wird. Ausbeutung der Natur, Ausbeutung des Menschen, was wird genau darunter verstanden, wie kommt es dazu und wer profitiert davon.

Vorstellung der Ausbeutung von Mensch und Natur, Übertragung von Wert, ungleicher Tausch

Wie wir oben gesehen haben gehen die Autoren davon aus, dass die imperiale Lebensweise durch die globale Ausbeutung von Mensch und Natur ermöglicht wird. Das wird in ihren Buch immer wieder festgestellt, aber nie ausführlich erläutert. Sie sprechen mehrmals von der Übertragung von Arbeit aus dem globalen Süden in den globalen Norden. Anscheinend gehen sie davon aus, dass diese Übertragung von Arbeit (und Wert) durch den Export von Waren in diese Richtung zustande kommt. Das könnte vor allem dann geschehen, wenn der Handel von der Peripherie ins Zentrum durch ungleichen Tausch geprägt wäre. Ungleicher Tausch nicht als Möglichkeit oder Ausnahme, sondern als dominierendes Prinzip.

Eine andere Möglichkeit wäre, dass der materielle Warenwohlstand in den Zentren in erster Linie auch dort produziert wird. Der Schlüssel könnte die hohe Produktivität in den Zentren sein, die aufgrund der hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals erreicht wird. Neben der technischen und sonstigen Qualifikation der Arbeiter. Diese Möglichkeit wird von den Autoren überhaupt nicht in Betracht gezogen. Überhaupt spielen für die Autoren Fragen der Produktivität, der davon abhängigen Lohnentwicklung, der dadurch bedingten Austauschverhältnisse von Waren und dergleichen (wie ökonomische Fragen überhaupt) praktisch keine Rolle. Dies erstaunt auch deshalb weil es zu allen diesen Fragen eine umfangreiche (linke) Literatur gibt.

Frage nach der ungleichen Entwicklung im Kapitalismus und dessen Folgen

Dazu im Zusammenhang ist auch das Fehlen einer Auseinandersetzung mit der Frage nach der ungleichen Entwicklung von Ländern bzw. Nationalstaaten im Kapitalismus, ihren Ursachen und ihren Folgen festzustellen. Die Einschätzung der Entwicklung Chinas (jetzt semi-imperial) und der Mittelschichten in den Schwellenländern legt nahe, dass für die Autoren eine Entwicklung (Entfaltung der Produktivkräfte) automatisch mit der Integration in die imperiale Lebensweise gekoppelt ist. Aber wie gesagt, es gibt dazu keine ausführliche Analyse. Es gibt kein Konzept, welchen Weg bisher nicht entwickelte Gesellschaften bei ihrer zukünftigen Entwicklung einschlagen könnten oder sollten.

Zugegeben, ungleicher Tausch ja oder nein, bzw. in welchen Ausmaß und die ungleiche Entwicklung in der kapitalistischen Welt mit ihren Implikationen sind riesige Themen, die in einer Veröffentlichung nicht in ihrer ganzen Bandbreite behandelt werden können. Richtig ist aber auch, dass diese Themen für das Buch von zentraler Bedeutung sind. Deshalb ist es wirklich unbefriedigend, wenn klare Aussagen fehlen und in der Argumentation von irgendwelchen stillschweigenden aber unklaren Voraussetzungen ausgegangen wird.

Hebt die imperiale Lebensweise die Klassengegensätze auf ?

Hoch problematisch ist auch die Darstellung von Brand/Wissen in Hinsicht auf die Klassenverhältnisse. Es stimmt, sie weisen mehrmals darauf hin, dass diese bei jeder Analyse berücksichtigt werden müssten und sie erwähnen auch die in den letzten Jahren zunehmenden Ungleichheit in den kapitalistischen Zentren. Aber bei im Kern ihrer Argumentationslinie gehen sie davon aus, dass historisch die imperiale Lebensweise im 16. Jahrhundert bereits existierte aber noch auf einen sehr kleinen Kreis von Personen beschränkt war, offensichtlich Angehörigen der herrschenden Klassen. In den folgenden Phasen der kapitalistischen Entwick-

lung hätte sich nicht viel geändert, aber in der Phase des Fordismus wären breite Schichten der subalternen Klassen in die imperiale Lebensweise einbezogen worden. Was soll diese Aussage bedeuten? Ist dadurch der Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben?, vielleicht nicht ganz aufgehoben aber nebensächlich im Vergleich zum Gegensatz Zentrum Peripherie geworden? Wie ist die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Zentren einzuschätzen? Hat sie überhaupt noch eine Bedeutung? Für Brand/Wissen anscheinend nicht besonders, denn sie spielt in ihrem Buch keine Rolle. Ist überhaupt der Befund von den einheitlichen Konsumnormen der imperialen Lebensweise empirisch zutreffend? Einheitliche klassenübergreifende Konsumnormen sind stark zu bezweifeln, aber die Autoren gehen dieser Frage nicht explizit nach. Ihre Aussagen beziehen sich anscheinend auf die Konsumgewohnheiten eines nicht näher definierten großen Teils oder eines Durchschnitts.

Richtig ist natürlich die Feststellung der großen Veränderungen der sozialen Lage der subalternen Klassen in der Phase des Fordismus (über die Periodisierung als solche soll hier nicht diskutiert werden). Klar ist die erhebliche Zunahme des materiellen Wohlstands und der Konsummöglichkeiten, aber auch soziale Absicherungen, Arbeitszeitverkürzungen (40 Stunden Woche), verbesserter Zugang zur Bildung usw. Offensichtlich sind auch die Folgen für Klassenbewusstsein und Politik, wie die verbreitete Zustimmung zu verschiedenen Spielarten der Sozialpartnerschaft und des Korporatismus. Dies ist aber alles nicht neu und wird schon seit langen, mit allen Problemen und Folgen, die sich daraus ergeben, diskutiert. Auch wenn niemand ein Patentrezept hat wie der Korporatismus überwunden werden könnte und es ein solches wahrscheinlich auch nicht gibt. Unter Linken war bisher Konsens und sollte es auch bleiben: Der Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital ist durch die Veränderungen des Fordismus nicht aufgehoben, auch nicht ansatzweise. Deshalb sollte er auch ein entscheidender Punkt für alle strategische Überlegungen bleiben.

Setzt die Überwindung der imperialen Lebensweise die Abschaffung des Kapitalismus voraus?

Ziemlich am Anfang des Buches kurz nach der Einführung des Begriffs imperiale Lebensweise postulieren die Autoren: die „Überwindung der imperialen Lebensweise als Voraussetzung der sozial-ökologischen Transformation“ (S 41). Wie die Überwindung der imperialen Lebensweise erreicht werden könnte, wird dann im folgenden nicht mehr so klar gesagt. Und Insbesondere wird nicht klar gesagt, ob dies nicht auch die Überwindung, die Abschaffung des Kapitalismus bedeuten müsste, als Voraussetzung oder gleichzeitig mit der Entfaltung einer solidarischen Lebensweise. Etliche Ausführungen im Buch legen diese Schlussfolgerung eigentlich nahe. An vielen Stellen wird imperiale Lebensweise gesagt, wo man auch Kapitalismus sagen könnte oder eigentlich sagen müsste. Aber eine klare Stellungnahme zur Überwindung des Kapitalismus gibt es nicht. Im 8. Kapitel wird keine antikapitalistische Strategie entwickelt, auch nicht als langfristiges Ziel. Brand/Wissen beziehen sich auf die Hegemonie nach Gramsci, die Herrschaft und Zustimmung umfasst. Die Frage, wer, wie die Herrschaft brechen könnte, wenn die Zustimmung aufgrund der offensichtlicher werdenden Widersprüche schwindet, stellen sie nicht. Aber ein Brechen der Herrschaft wird notwendig sein. Die Vorstellung das Kapital und die besitzenden Klassen könnten die Vorherrschaft, über die globale Produktion und Reproduktion, die ja wohl auch die Basis für die imperiale Lebensweise ist, einfach so aufgeben ist illusionär. Weil die Autoren diese zentrale Frage nicht thematisieren, können sie hier auch nicht überzeugen.

Das scheint eines der Grundprobleme dieses Buchs zu sein. Es führt mit der imperialen Lebensweise einen neuen Begriff ein und schreibt diesen Bedeutungen zu, die weder theoretisch noch empirisch ausreichend fundiert werden können. Was eine interessante Studie zur Entfaltung und Veränderung des Konsumverhalten und der damit verbundenen Subjektivitäten im Umfeld und in Abhängigkeit der kapitalistischen Zentren

hätte sein können, lädt sich durch die Behauptung, damit einen Schlüssel zum Verständnis des Weltganzen zu liefern, einen Anspruch auf, den es nicht einlösen kann. Der Anspruch kann deshalb nicht eingelöst werden, weil wichtige Themen, die zum beanspruchten Kernbereich gehören, wie ungleicher Tausch, ungleiche Entwicklung oder Ausbeutung nicht ausreichend analysiert werden, sondern nur behauptet, angedeutet oder stillschweigend vorausgesetzt werden. Dadurch wird das Unterfangen selber problematisch, mit der Gefahr unklaren, ja falschen Vorstellungen Vorschub zu leisten.

Literatur:

AK Postwachstum (Hg), *Wachstum – Krise und Kritik: Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise*, Frankfurt 2016

Ulrich Brand/Markus Wissen, *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*, München 2017

Stephan Lessenich, *Nebens uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, München 2016

Niko Paech, *Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, München 2012

Matthias Schmelzer/Andrea Vetter, *Degrowth/Postwachstum: zur Einführung*, Hamburg 2019

Irmi Seidl/Angelika Zahrnt (Hg.), *Postwachstumsgesellschaft: Neue Konzepte für die Zukunft*, Marburg 2010



Rezension

Faschismustheorien

In diesem Buch werden überwiegend (...) allgemeine Faschismustheorien vorgestellt“ (S. 9), heißt es gleich am Anfang des hier vorgestellten, 240 Seiten starken und 13 Euro teuren Buches. „Der Band soll in die Theorien einführen“ (ebd.) und einen Überblick über diejenigen davon geben, die, (...) besondere Bedeutung für die Gegner*innen und Opfer des Faschismus hatten oder haben, v.a. für die politische Linke.“ (ebd.).

Das Buch ist in 15 Hauptkapitel unterteilt, wobei nicht nur z.B. das vorletzte Hauptkapitel die Aktualität und Weiterentwicklungsnotwendigkeiten zeigt. Es ist überschrieben mit „Einige historische, aktuelle und zukünftige Probleme der Faschismustheorie“ und wiederum unterteilt in die Kapitel, z.B. Rechtspopulismus, illiberale Demokratie und autoritärer Etatismus; Faschismus und Frauen; Zukunftsfragen der Faschismustheorie. Das Hauptkapitel VI „Marxistische Bonapartismustheorien des Faschismus (...)“ (S. 82ff.) enthält wiederum zahlreiche Unterkapitel. Darunter sind jeweils kurze Zusammenfassungen von Faschismustheorien bekannter Theoretiker*innen zu finden, auch von August Thalheimer. Diese Zusammenfassungen zeigen auch den z.T. lexikalischen Charakter des Buches.

Leider fehlt ein Personen- und/oder ein Stichwortregister, so dass Leser*innen auf das Inhaltsverzeichnis angewiesen sind, um bspw. den bzw. die sie interessierende Theoretiker*in zu finden. Sie müssen auch hinnehmen, dass der Autor die einzelnen Theoretiker*innen verschiedenen Hauptkapiteln zuordnet. So sind August Thalheimer, Otto Bauer, Leo Trotzki und Ernst Mandel im o.g. Hauptkapitel zu finden. Natürlich sind das nicht alles marxistische, singuläre Bonapartismustheorien des Faschismus, wie z.B. an der Kurzdarstellung der Theorie von Thalheimer deutlich wird: „Thalheimer stellt Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede zwischen Bonapartismus und Faschismus fest.“ (S. 89).

Aber Thalheimer, Trotzki und Bauer werden auch, mit Stalin, Di-

mitroff und Kautsky, im III. Hauptkapitel „Entwicklung der Faschismustheorien“ und dort im 7. Unterkapitel mit der Überschrift: „Marxistische ‚Agenten- und ‚Bonapartismustheorien““ (vgl. S.42ff.) aufgeführt und angesprochen. Aber da weder Stalin, Dimitroff noch Kautsky ausgewiesene Faschismustheoretiker sind, finden die Leser*innen sie weder in anderen Hauptteilen bzw. Kurzbeschreibungen noch im Literaturverzeichnis.

Allerdings werden in diesem Buch nicht nur Faschismustheorien älterer und „linker“ Provenienz behandelt und kurz dargestellt, sondern auch psychoanalytische Faschismustheorien (vgl. S. 123ff.), oder „neuere“ Theorien von Wippermann, Breuer, Mann, Reichardt und Paxton (vgl. S. 199ff.). Auch Ernst Nolte hat Eingang in dieses Buch gefunden (S. 179ff.), er steht wie z.B. die ebenfalls dargestellten Sternhell (S. 187ff.), Mosse (S. 193) und Griffin (S. 196ff.) für Theorien, deren Augenmerk sich v.a. auf die Gründe beziehen, aus denen sich Menschen für Faschismus begeistern. Wer sich mit Faschismus bzw. Faschismustheorien auseinander setzt, kommt an den „bürgerlichen“ Theoretiker*innen und Theorien nicht vorbei!

Weit am Ende (S. 212f.) macht der Autor auf zwei Seiten den Versuch einer Bewertung, fragt nach „Unterschiedliche(n) Stärken der Faschismustheorien“ (S. 212) und zeigt damit nochmal auf, dass das Buch nach Schwerpunkten gegliedert und vorrangig kein Lexikon ist. Die relativ einfache Schreibweise und die Fülle des ausgewerteten und kurz zusammengefassten Materials machen das Buch (fast) unverzichtbar (nicht nur) für Menschen, die sich mit Faschismustheorien beschäftigen (wollen). Für 13 Euro auf 240 Seiten eine gute Einführung und ein passabler Überblick über die wichtigsten Faschismustheorien.

Frank Rehberg

Wörsching, Mathias:
Faschismustheorien
Überblick und Einführung
Schmetterling-Verlag, Stuttgart, 2020

Anzeige



Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V.

Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39

BIC: NOLADE21GOE

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Anzeige

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

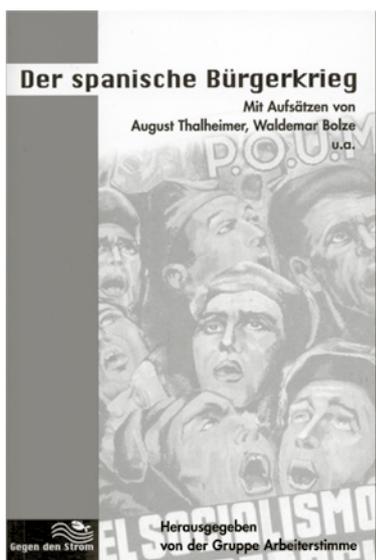
Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik

2. erweiterte Auflage 1981, 296 Seiten, Klebebindung, 8,00 €.

Literaturliste

- K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition** eine Untersuchung zur „Rechtsoption“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag 1983, 234 Seiten , 14,00 €
- Die Bremer Linksradikalen** 66 Seiten, 3,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) (z.Z. leider nicht lieferbar) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Fluchtpunkte**, Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung 316 Seiten, 20 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- August Thalheimer and German Communism** – Revolutionary History 320 Seiten, 15 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer), (z.Z. leider nicht lieferbar) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

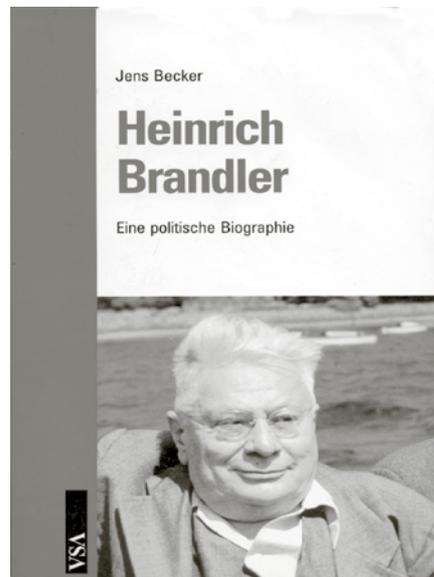
ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme



510 Seiten, Paperback, 20,- €
 ISBN 3-87975-767-4

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
 DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
 ISBN 3-9809970-4-9



624 Seiten, Paperback, 20,- €
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
 Arbeiterstimme, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder:
 redaktion@arbeiterstimme.org